



## 14. Stadtratsprotokoll / 14<sup>ème</sup> *procès-verbal du Conseil de ville*

**Sitzung vom Donnerstag, 18. November 2010, 18.00 Uhr**  
***Séance du jeudi 18 novembre 2010 à 18 heures***

**Ort: Aula Primarschule Neumarkt, Logengasse 2**

***Lieu: Aula de l'école primaire du Marché-Neuf, rue de la Loge 2***

---

### **Anwesend / *Présents:***

Olivier Ammann, Marc Arnold, Dana Augsburg-Brom, Niklaus Baltzer, Isabelle Blättler, Paul Blösch, Andreas Bösch, Urs Brassel, Barbara Chevallier, Samantha Dunning, René Eschmann, Pascal Fischer, Charlotte Garbani, Pierre-Yves Grivel, Samuel Grünenwald, Christoph Grupp, Nathan Güntensperger, Roland Gurtner, Hanspeter Habegger, Markus Habegger, Rudolf Habegger, Werner Hadorn, Peter Isler, Caroline Jean-Quartier, Stefan Kaufmann, Thomas Lachat, Kerstin Lehniger, Teres Liechti Gertsch, Fiorella Linder, Claire Magnin, Ali Menekse, Peter Mischler, Émilie Moeschler, Franziska Molina, Michèle Morier-Genoud, Peter Moser, Cédric Némitz, Alain Nicati, Pierre Ogi, Alain Pichard, Hugo Rindlisbacher, Daphné Rüfenacht, Martin Rüfenacht, Béatrice Sermet-Nicolet, Fatima Simon, Heidi Stöckli Schwarzen, Salome Strobel, Daniel Suter, Andreas Sutter, Anna Tanner, Martin Wiederkehr, Max Wiher

### **Entschuldigt / *Absence(s) excusée(s):***

Patrick Calegari, Pablo Donzé, Monique Esseiva, Hans-Ulrich Köhli, Christian Löffel, Maurice Paronitti, Martin Scherrer, Ariane Tonon

### **Vertretung des Gemeinderates / *Représentation du Conseil municipal:***

Stadtpräsident Hans Stöckli

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte François Contini, Erich Fehr, Hubert Klopfenstein, Pierre-Yves Moeschler, René Schlauri, Barbara Schwickert, Silvia Steidle

### **Entschuldigt Gemeinderat / *Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:***

-

### **Vorsitz / *Présidence:***

Herr Stadtratspräsident Thomas Lachat

### **Sekretariat / *Secrétariat:***

Regula Klemmer, Ratssekretärin

<b>Behandelte Geschäfte / <i>Affaires traitées</i></b>	<b>Seite/Page</b>
205. Genehmigung der Traktandenliste .....	619
206. Mitteilungen Stadtratsbüro .....	619
207. Protokollgenehmigungen (23./24. Juni 2010 / Nrn. 8 und 9) .....	620
208. Ersatzwahl eines Mitglieds in die Studienkommission A5 .....	620
209. 20100045 Finanzplan 2011 - 2015 (Planjahre und Investitionsplanung) .....	620
210. 20100177 Investitionsplanung ESB 2011 - 2015 .....	626
211. 20090017 Verbilligung von Abonnements des Tarifverbundes / Reglement.....	628
212. 20100284 Schulhaus Walkermatte: Betrieblich bedingte Anpassungen und Erweiterung / Architekturwettbewerb und Projektierung / Verpflichtungskredit .....	632
213. Fragestunde (Fragenkatalog siehe Anhang Nr. 1) .....	636
• Annuaire téléphonique de l'administration communale.....	636
• Wann wird der Zugang über die Murtenstrasse für Velofahrende endlich ermöglicht?.....	636
• Wegverbindung Taubenloch-Tierpark .....	636
• Schlüsse aus dem Pilotprojekt mit den Sozialinspektoren.....	637
214. Postulat 2010081, Thomas Lachat, Fraktion SP, "Sprache gut - alles gut!" .....	637
215. Interpellation 20100084, Alain Pichard, GLP, "Filière bilingue, Rolle der Schulkommission und Lehrkräfte, Grundsätzliches" .....	639
216. Postulat 20100083, Charlotte Garbani, Fraktion SP, "Tempo-30 im Zukunftsquartier" .....	644
217. Dringliche Motion 20100213, GPK, "Bessere Abstimmung der Schnittstellen zwischen den Abteilungen Liegenschaften und Hochbau, bzw. zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen" .....	645
218. Interpellation 20100113, Christoph Grupp, Grüne Biel, "Pfortnerhaus Stadtpark" .....	647
219. Interpellation 20100112, Christoph Grupp, Grüne Biel, "30er Zone Bubenberg" .....	648
220. Dringliche überparteiliche Motion 20100231, Stefan Kaufmann, Forum Biel/Bienne, Max Wiher, Fraktion GLP, "Moratorium für neue Stellen in der Stadtverwaltung bis ende 2012" .....	649
221. Dringliche Interpellation 20100255, Christoph Grupp, Grüne Biel, "Wie weiter mit dem "Alkitreff"?" .....	650
222. Dringliche Interpellation 20100254, Peter Moser, FDP, "Wie weiter auf dem Bahnhofplatz?" .....	653
223. Interpellation 20100155, Daniel Suter, PRR, "Nachtlokale: Überschreiten der Öffnungszeiten" .....	654
224. Interpellation 20100154, Claire Magnin / Pablo Donzé, Grüne Biel, "Berufslehre für Papierlose" .....	655
225. Neueingänge.....	659

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Ich begrüsse den Stadtrat herzlich zur heutigen Sitzung. Gestern lief die Anmeldefrist für das Jahresschlusessen des Stadtrats ab. Wer sich noch nicht angemeldet hat, kann dies heute noch nachholen. Die Pause wird um ungefähr 19.45 Uhr stattfinden und ich möchte die Sitzung um 23.00 Uhr schliessen.

Auf den Tischen liegen folgende Unterlagen auf:

- Grafik von Herrn Nicati zu Traktandum Nr. 5, Finanzplan 2011 - 2015
- Postkarten mit alten Motiven der Taubenlochschlucht
- Einladung Kulturveranstaltung des RFB vom 29. November 2010, Foyer Schulhaus Neumarkt
- Flyer zur Publiktion "Eine Mordbrennerin" von Elisabeth Weyeneth

Beim Weibel liegt ferner auf:

- Finanzplan 2010 - 2015
- Investitionsplanung ESB 2011 - 2015

## **205. Genehmigung der Traktandenliste**

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Da die Herren Köhli und Calegari nicht anwesend sind, werden ihre Vorstösse: dringliche Motion 20100256 "Neues Projekt "Gestaltung Ringplatz" in den Stadtrat", die Motion 20100151 "Für eine klare Visualisierung von Bauprojekten" sowie das dringliche Postulat 20100183 "Die Einfahrt zum Mettlenweg bei der Unterführung Längfeldweg darf nicht verhindert werden" auf die Dezembersitzung verschoben.

**Die Traktandenliste wird mit diesen Änderungen vom Stadtrat stillschweigend genehmigt.**

## **206. Mitteilungen Stadtratsbüro**

**Klemmer Regula, Ratssekretärin:** Die GPK hat anlässlich ihrer Sitzung vom 11. November 2010 die folgenden Abrechnungen **in eigener Kompetenz einstimmig genehmigt:**

- Geschäft 20080217 Schulhaus Dufour-West / Sanierung Glasdach und bauliche Anpassungen sanu / Abrechnung Verpflichtungskredit (BAU)
- Geschäft 20010505 Projekt Sport-Kultur-Studium / Abrechnung Verpflichtungskredit (BSK)

Bezüglich der zweiten Abrechnung erwartet die GPK, dass die Abteilung Schule und Sport inskünftig nach den üblichen Kriterien abrechnen wird.

**207. Protokollgenehmigungen (23./24. Juni 2010 / Nrn. 8 und 9)**

**Die Protokolle Nrn. 8 und 9 werden vom Stadtrat stillschweigend genehmigt.**

**208. Ersatzwahl eines Mitglieds in die Studienkommission A5**

**Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne:** Le Groupe des Verts propose au Conseil de ville d'élire Monsieur Christoph Grupp à la Commission A5, en remplacement de Madame Daphné Rüfenacht. Je vous demande de soutenir sa candidature. Merci.

**Abstimmung**

Anstelle der demissionierenden Frau Daphné Rüfenacht wird auf Vorschlag der Fraktion Grüne gewählt:

**Herr Christoph Grupp (Grüne)**

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Ich gratuliere Herrn Grupp zu dieser Wahl und danke Frau Rüfenacht für ihre Arbeit in der Studienkommission A5.

**209. 2010045 Finanzplan 2011 - 2015 (Planjahre und Investitionsplanung)**

**Stöckli Schwarzen Heidi, GPK:** Im Finanzplan steht: "Der Finanzplan ist ein Führungsinstrument und dient den politischen Behörden als Frühwarnsystem." Er soll Tendenzen aufzeigen und je nach Ergebnis zu Korrekturmassnahmen führen, damit negative Entwicklungen rechtzeitig vermieden oder zumindest gebremst werden können. Der Gemeinderat formulierte finanzpolitische Zielsetzungen für die Jahre 2012 - 2014. Er sagt, das Rechnungsergebnis 2013 muss ausgeglichen sein. Das heisst, gegenüber dem Budget 2010 müssen die Ausgaben um CHF 10 Mio. gesenkt und der Ertrag um CHF 10 Mio. erhöht werden. Das Nettoinvestitionsvolumen darf CHF 56 Mio. betragen. Die Teuerung wird bei den Personalkosten mit 0,8% ausgeglichen. Der Steuerfuss soll auf 1,53 belassen werden. Mit der Finanzstrategie zeigt der Gemeinderat auch auf, wie er dieses Ziel erreichen will. Im Sommer kündigte er an, dass erste grössere Korrekturen im Frühling 2011 erfolgen werden, wenn die Rechnung 2010 vorliegt. Dann wird ersichtlich, wo genau Einsparungen vorgenommen werden müssen. Die Fraktionen haben dieses Vorgehen akzeptiert.

Ich komme zu den Planjahren 2012 - 2014: Der Gemeinderat unterscheidet zwischen kurz- und mittelfristiger Planung. Zur kurzfristigen Planung muss ich mich nicht mehr äussern, sie war Gegenstand der Budgetdebatte. Bei der mittelfristigen Finanzplanung handelt es sich um Planzahlen. Diese sind kaum mehr als Annahmen und Schätzungen. Deshalb sind sie ziemlich ungenau. Die Planzahlen vergangener Jahre waren zum Teil sogar ziemlich fantastisch und hatten weder Genauigkeit noch Verbindlichkeit. Die GPK fragte sich immer wieder, welches Sinn und Zweck dieses

Planungsinstruments ist. Die Werte mussten immer wieder um ungefähr die Hälfte herabgesetzt werden. Dies hatte jeweils damit zu tun, dass Veränderungen aus dem Budgetierungsprozess nie in die Finanzplanung einbezogen wurden. Dieses Jahr ist es erstmals anders. Der Gemeinderat veranlasste im August erste Korrekturen. Deshalb ist die Finanzplanung etwas genauer als in den letzten Jahren und sie wurde mit CHF 20 Mio. entsprechend nach unten korrigiert. Es müssen aber noch weitere Korrekturen folgen.

Zur Investitionsplanung: Die Aussagen über die Investitionspolitik 2011 - 2015 findet die GPK verwirrend und klärungsbedürftig. Der Gemeinderat sagt auf Seite 8: *"Das Nettoinvestitionsvolumen von CHF 9,3 Mio. ist ständig gewachsen bis zum historischen Hoch von CHF 41,4 Mio. im Jahr 2009. Das hat dazu geführt, dass der Mittelwert der letzten zehn Jahre kontinuierlich gestiegen ist."* Wenn der Finanzplan 2010 - 2014 konsultiert wird, steht dort das Gegenteil: *"Das Nettoinvestitionsvolumen ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Das hat auch dazu geführt, dass der Mittelwert der letzten zehn Jahre kontinuierlich gesunken ist."* Die GPK wäre froh um eine Erklärung und um eine klare Aussage, welche Version denn nun gilt. Ziel der Investitionsplanung ist es aber, Investitionen mittel- und langfristig mit eigenen Mitteln finanzieren zu können. Gemessen am anstehenden Investitionsbedarf reichen die Finanzierungsmöglichkeiten nicht aus. Deshalb können in den nächsten Jahren weniger Projekte verwirklicht werden. Will die Stadt die Schulden nicht erhöhen, scheint die Schmerzgrenze für die Verwaltung im Moment bei rund CHF 20 Mio. zu liegen... Um Herrn Klopfensteins Worte zu brauchen: In einem Jahr kann sich Biel künftig höchstens eine Turnhalle und eine Kreuzung leisten, weitere Bauprojekte liegen nicht drin. Die Prioritätenfestlegung 1 - 9 ist nachvollziehbar. Sicher gibt es in den nächsten Jahren Reduktionen und eine Verschiebung der Projekte auf der Zeitachse nach hinten. Dies ist unvermeidbar. Zu realisierende Projekte sind klar und übersichtlich aufgelistet. Es ist jedoch zu wenig transparent, weshalb ein Projekt priorisiert wird und wann und aus welchen Gründen es die Priorität wechselt. Die GPK regt an, diesen Prozess und die Kriterien für die Priorisierung grundsätzlich zu überdenken. Es muss auch geklärt werden, ob und wie stark das Kriterium Nachhaltigkeit bei diesen Priorisierungsprozessen gewichtet wird. Es sollte auch geklärt werden, wie mit der Priorität 9, nicht zu realisierende Projekte, umgegangen werden soll. Die GPK erwartet, dass vom Stadtrat bewilligte und politisch bedeutsame Projekte ohne Verzögerung umgesetzt werden. Dabei denkt sie beispielsweise an die Garderoben im Mettmoos, für welche ein Baubeginn im Frühling 2011 geplant ist oder auch an das Projekt Schulhaus Walkermatte, welches heute noch im Rat diskutiert wird. Projektierungskredite sollen nicht gesprochen werden und dann drei oder vier Jahre aufgeschoben werden. Projekte sollen zügig umgesetzt werden.

Mit diesen Bemerkungen empfiehlt die GPK, den Finanzplan und die Investitionsplanung zur Kenntnis zu nehmen und den Auftrag an die Finanzdirektion zur Überarbeitung des Finanzplans zu bestätigen.

**Nicati Alain, au nom du Groupe Forum:** Le document de la planification financière est une procédure systématique visant à concevoir de manière optimale l'ensemble des futures activités. C'est ce que nous devrions trouver en lisant ce document. Les informations données doivent être réalistes, jusqu'à leur utilisation. Le postulat qui était à la base de cette planification financière demandait, qu'afin de pouvoir traiter le budget et les comptes, on puisse avoir une ouverture sur les trois années suivantes.

Dites-moi qui a vu ces trois années? Il y a des chiffres, c'est vrai. Cependant, le Conseil municipal ne peut pas se contenter de dire, qu'au cours des trois années prochaines, la Ville de Bienne aura des recettes futures de l'ordre d'environ 350 mio. fr. par année et des charges annuelles dépassant ces recettes d'environ 40 mio. fr. C'est un retour en arrière: l'année prochaine il y aura 10 mio. fr. de déficit et l'année suivante 60 mio. fr. Je pense que cette planification financière devrait être faite de manière à ce que le Conseil de ville puisse mieux la lire.

Dans la planification financière il y a deux paquets. Sur les graphiques posés sur vos tables, l'image du haut indique la différence entre les charges et les produits. Avec l'ensemble des charges de fonctionnement et les investissements, il y aura ces prochaines années des déficits annuels de 10 mio. fr. sur lesquels on devrait pouvoir rattraper 4 ou 5 mio. fr. L'image du bas indique en plus les projets prévus pour les prochaines années. J'aimerais relever, que cette politique d'investissement consiste à prévoir des grands projets pour l'avenir et à ouvrir la Ville. C'est la seule politique qu'il faut pratiquer, si nous voulons que Bienne soit encore là dans dix ou vingt ans. Notre maire a su quelle direction il fallait prendre, car il a pensé avec vingt ans d'avance! En attendant, le problème va se poser pour les quatre années à venir. Selon le deuxième graphique, la différence entre les charges et les produits est beaucoup plus grande. Il y a des différences de 35 à 40 mio. fr. par budget. Probablement qu'il ne sera pas possible de faire autrement que d'augmenter la dette, afin d'avoir les moyens financiers qui permettront de couvrir ces charges. Ces charges sont indispensables pour l'avenir de Bienne. Une ville qui ne se développe pas, meurt. Si nous acceptons, à titre transitoire, d'augmenter la dette, il faudra savoir comment faire pour rembourser la dette. D'après les dispositions cantonales, lorsqu'il y a un découvert, il faut expliquer comment il sera couvert. Il serait faux d'utiliser ce raisonnement pour dire, que nous sommes heureux de couvrir nos charges et d'arrêter les économies. Nous devons économiser, le Maire l'a dit à plusieurs reprises.

La vue d'ensemble (page 20) du plan financier 2011-2015 est assez réaliste quant à la réalisation en pourcentages. À la page 24, la pluie de chiffres des priorités me fait penser au tas de linge sale que je porte pour laver le dimanche soir, c'est tout un mélange! Cette planification des priorités doit être revue. Il n'est pas logique, de faire des priorités d'investissements avec un projet comme l'Esplanade, qui coûte 500'000 fr. Il y a de l'ordre à faire et il faut que cela soit plus clair. Nous devons pouvoir comprendre, comment le Conseil municipal va gérer les investissements des quatre prochaines années. Actuellement, nous ne pouvons pas le voir.

En juin 2011, le prochain exemplaire de la planification financière sera à notre disposition, en même temps que les comptes et le budget. À ce moment-là, je me réjouis de pouvoir dire qu'il s'agit d'un document lisible. Je remercie toutes les personnes qui ont travaillé à cette planification financière, pour avoir élaboré un instrument, où l'on trouve tout si on travaille durant trois jours dessus! Au Conseil de ville, nous n'avons pas envie de travailler trois jours sur un document, pour lire le message, que le Conseil municipal veut nous faire passer. Je vous remercie de votre attention.

**Némitz Cédric, au nom du Groupe socialiste:** Les questions financières sont une affaire sérieuse. Lorsqu'on voit et entend ce qui se passe, on peut parfois en douter. Les questions financières doivent être traitées avec un extrême sérieux. Nous avons

besoin de rigueur dans la discussion, de lucidité dans nos réflexions et de courage pour prendre les décisions, qui doivent être prises. Nous savons tous, que la situation économique reste difficile et que les perspectives d'avenir sont incertaines. Voilà pourquoi il s'agit, plus que jamais, de garder notre sang-froid. Nos responsabilités sont grandes, nous entendons les assumer aujourd'hui comme hier et nous entendons les assumer demain comme hier. Voilà pourquoi un plan financier est utile. Cet outil, parmi d'autres, nous permet d'anticiper l'avenir, de prévoir les difficultés et de préparer les choix douloureux, que nous devons assumer. Que nous dit le plan financier? Il nous indique, que les tendances économiques sont incertaines, que les prévisions concernant les rentrées fiscales restent indéfinies, surtout pour les personnes morales et que le déficit va se creuser dans les prochaines années. Il nous montre également les transferts de charges vers les communes. Bref, le message est clair. Si nous continuons ainsi, nos économies seront vite épuisées, au risque de tomber ou de retomber dans la spirale de l'entêtement, que nous voulons éviter à tout prix. Il nous faut trouver 20 mio. fr. et ce n'est pas rien! À partir de cette constatation, que faut-il faire? Faut-il proposer des solutions bricolées à la va-vite? Faut-il se lancer dans l'improvisation? Faut-il réunir des conciliabules secrets, nocturnes? Faut-il se précipiter dans la solution simpliste des coupes linéaires? Tout cela n'est pas très sérieux. Ces propositions ne sont pas à la hauteur de nos responsabilités. En juin dernier, nous avons unanimement salué la stratégie financière proposée par le Conseil municipal et son Directeur des finances. Il y a à peine six mois, le Conseil de ville a accepté que des priorités soient élaborées d'ici à l'été 2011, car nous voulons pouvoir le faire, notamment à la lumière de l'exercice de nos comptes municipaux 2010.

Aujourd'hui, le Groupe socialiste n'a pas changé d'avis. Sans perdre la tête, nous voulons pouvoir poursuivre cette stratégie-là. Nous voulons nous y tenir et attendons les résultats intermédiaires du comité de pilotage de la stratégie financière. Il n'est pas question ici de gesticulation électoraliste ni de faire du bruit, sans apporter de vraies solutions crédibles. Il est question d'assumer nos responsabilités avec sérieux, avec rigueur et transparence. Il en va des investissements importants, que nous avons planifiés. Ces investissements, nous devons pouvoir les assumer. Il y a aussi les engagements urgents, la rénovation des écoles par exemple, qui doivent être garantis. Il en va enfin de la solidarité, que nous devons à la partie la plus fragile de notre population, qui souffre particulièrement à l'heure de la crise. La question financière est une question sérieuse et nous voulons la gérer sérieusement, en toute transparence, avec tous ceux qui seront d'accord d'en débattre ouvertement, honnêtement et sérieusement. Nous avons besoin d'un vrai débat pour faire de vrais choix. Le Groupe socialiste a déjà dit et le répète ce soir en espérant être entendu, il prendra ses responsabilités. Je vous remercie de votre attention.

**Grupp Christoph, Fraktion Grüne Biel:** Auch die Fraktion Grüne hat sich über die Finanzstrategie gebeugt und versucht, Kolonne um Kolonne zahlenmässig zu entziffern. Ich schliesse mich meinen VorrednerInnen an: je weiter zukünftige Zahlen angeführt werden, desto unschärfer wird die Planung. Das haben Zukunftsplanungen ja so an sich. Wenn die Zahlen Jahr für Jahr angeschaut werden, fällt beim Aufwand ein Sprung von 2011 zu 2012 auf. Schlussendlich steigt der Aufwandüberschuss auf knapp CHF 40 Mio.. Diese Differenz zwischen der ersten und zweiten Budgetlesung lag in der Vergangenheit häufig vor. Die realistischere Planung liegt oft bis zu CHF 20 Mio. tiefer als die dem Stadtrat vorgelegten ersten Zahlen. Wenn ich nun diese

Zahlenreihen anschauen, denke ich, sie enthalten den gesamten Wunschkatalog der Verwaltung. Es handelt sich noch nicht um eine realistische Budgetierung. Eine Interpretation dieser Zahlenreihen ist somit schwierig. Was soll der Stadtrat konkret damit anfangen? Alle sind sich darüber einig, dass die Zeiten schwieriger werden. Es müssen schmerzliche Sparanstrengungen unternommen werden. Wenn künftig über Sparmassnahmen gesprochen wird, möchte die Fraktion Grüne wissen, aufgrund welcher Kriterien gespart werden soll. Dazu muss sie wissen, mit welchen Prioritäten der Gemeinderat die Finanzplanung erstellt. Auf Seite 10 sind unter Punkt 6.6.2 die Kriterien aufgeführt. Es geht um den Realisierungsgrad der Vorhaben, politische Gründe, Dringlichkeiten, Wirtschaftlichkeit, ökologische Überlegungen und weitere Gründe. In der langen Liste der Projekte sind diese Angaben nicht mehr aufgeführt. Das einzige, was noch vorhanden ist, ist eine Chiffrierung der Prioritäten von 1 bis 4. Diese gibt nur noch Auskunft über den Realisierungsgrad. Dies ist die einzige Prioritätensetzung, welche für den Stadtrat ersichtlich ist. Einzig mit dieser Angabe ist die Prioritätensetzung nicht nachvollziehbar. So ist beispielsweise nicht ersichtlich, ob ein Projekt aufgrund seiner Wirtschaftlichkeit höher oder tiefer priorisiert ist. Ich bin aber der Meinung, dass die zentrale Anforderung an eine solche Prioritätenliste deren Nachvollziehbarkeit ist. Nur mit Zusatzinformationen kann der Stadtrat echt mitdiskutieren. Die Fraktion Grüne nimmt Kenntnis von der Finanzplanung. Sie hält aber fest, dass ihr wesentliche Angaben auf der strategischen Ebene fehlen, um die Verantwortung für diese Planung mitzutragen.

**Güntensperger Nathan, Fraktion GLP:** Ich bearbeitete den Finanzplan zum ersten Mal. Es geht mir wie bei der Eintretensdebatte zum Budget. Die aufgezeigte Entwicklung bereitet mir Kummer. Ich wälzte diese Zahlen, obschon mir klar ist, dass es sich um Planzahlen handelt. Wenn ich sie aber mit dem letzten Rechnungsjahr vergleiche, zeichnen sich unglaubliche Steigerungen ab. Ob diese so eintreffen, wird sich weisen. Trotzdem möchte ich ein paar Zahlen erwähnen: Der Personalaufwand würde bis 2014 um 11,24% ansteigen, der Sachaufwand um 15%, die Passivzinsen um 31%, die Entschädigungen an das Gemeinwesen um 17%. Ich weiss nicht genau, wie es herauskommen wird. Ist da einfach kein Sparwille vorhanden oder handelt es sich um eine äusserst konservative Planung? Zudem sollte nicht einfach nur gespart, sondern auch die Ertragsseite angeschaut werden. Die Steuereinnahmen sinken um 5%, obschon sie eigentlich steigen sollten. Die Vermögenserträge sinken um 20%, die Entgelte steigen um 8,2% und die Rückerstattungen an das Gemeinwesen sinken um 2%. Auf der einen Seite sind also mehr Ausgaben vorgesehen, auf der anderen aber auch weniger Einnahmen. Ich nahm zur Kenntnis, dass die Spezialfinanzierungen über die Jahre komplett aufgelöst werden sollen. Im Moment hat die Stadt ungefähr CHF 53 Mio. Eigenkapital und CHF 126 Mio. Spezialfinanzierungen. Gemäss der Finanzplanung werden den Spezialfinanzierungen in den nächsten vier Jahren CHF 185 Mio. entnommen und nur noch CHF 6 Mio. zugewiesen. Dies ergibt einen Saldo von CHF 179 Mio. Werden nun noch die CHF 53 Mio. aus dem Eigenkapital abgezogen, ergibt dies genau die Summe von CHF 126 Mio. und somit die Gesamtsumme aller Spezialfinanzierungen. Daraus entnehme ich, dass 2014 sowohl das Eigenkapital als auch die Spezialfinanzierungen aufgebraucht sein werden. Spätestens dann wäre ein ausgeglichenes Budget zwingend. Dies geht aber aus den Planzahlen nicht hervor. Diese sehen für 2014 immer noch ein Defizit von CHF 30 Mio. vor. Das Ziel der Grünliberalen ist die Halbierung der Staatsschulden. Das heisst, das Budget soll nicht nur ausgeglichen sein, sondern es sollen auch Schulden verringert werden. Mit Verringerung der Schulden würde die



Stadt finanziell unabhängiger und sie hätte einen viel grösseren Spielraum. Dafür wird sich die Fraktion GLP in den nächsten Jahren einsetzen. Es sollen keine zusätzlichen Schulden gemacht werden, wenn es andere Lösungen gibt.

**Stöckli Hans, Finanzdirektor:** Ich danke allen, die sich mit dem Finanzplan auseinandergesetzt haben. Es lohnt sich, denn für diejenigen, die sich die Mühe nehmen, ihn zu studieren, steckt viel Information darin. Zu Beginn möchte ich einige Missverständnisse klären: Die im Finanzplan enthaltenen Zahlen wurden dem Gemeinderat jeweils von den einzelnen Abteilungen gemeldet und wurden seit August 2010 nicht mehr überarbeitet. Die Finanzplanung wurde von der Finanzdirektion nie überarbeitet, da sie sich in dieser Phase jeweils auf die Überarbeitung des Budgets konzentriert. Deshalb sind die vorliegenden Zahlen so zu verstehen, dass diese Prognosen nur eintreffen, wenn nichts unternommen wird. Ziel des Finanzplans ist es, aufzuzeigen, dass etwas verändert werden muss. Bei der Investitionsplanung hingegen ist es ernster. Es bestehen verschiedene Kategorien. Auf Seite 11 der Investitionsplanung unter 6.6.3 (Bereiche) ist aufgelistet, unter welchen Kriterien die Projekte aufgelistet sind, Herr Grupp. Der Realisierungsgrad ist nur eines von sieben Elementen für die Priorisierung der Projekte. Die Stadt befindet sich in einer ausgesprochen guten Lage, da in den letzten 20 Jahren kein einziges Projekt vom Volk abgelehnt wurde. Andere Finanzdirektoren haben das Glück, dass das Volk zu einer Vorlage ab und zu nein sagt. Dadurch wird die Finanzplanung auf demokratischem Weg entlastet. Ich bin aber froh, dass dies in Biel nicht der Fall ist. Es bedeutet, dass die Projekte des Gemeinderats die volle Unterstützung geniessen. Ich glaube, es gibt keine andere Stadt in der Schweiz, in welcher alle vorgelegten Projekte an der Urne gutgeheissen wurden. Ich finde es aber richtig, eine bessere Begründung für die Priorisierung der Projekte in den Investitionsplan einzubauen. Auch die Idee der GPK, als weiteres Kriterium die Nachhaltigkeit einzubringen, ist durchaus nachvollziehbar. Der/die neue Finanzdirektor/in wird sich dies überlegen müssen. Der vermeintliche Widerspruch, welchen die GPK entdeckt haben will, kann ich einfach erklären: es trifft zu, dass im Bericht zur Finanzplanung 2010 - 2014 festgestellt wurde, dass die jährlichen Investitionen in den letzten Jahren durchschnittlich sanken. Durch die Tatsache, dass 2009 eine Rekordinvestition von über CHF 41 Mio. getätigt wurde, stieg der Durchschnitt der letzten Jahre entsprechend. Die Veränderung der durchschnittlichen Werte erklärt sich also einfach durch die Tatsache, dass der Wert 2009 so hoch ausfällt. Dieser war bei der Finanzplanung 2010 - 2014 noch nicht bekannt. Gemäss den letzten Hochrechnungen wird 2010 weniger investiert als 2009, da nicht alle vorgesehenen Investitionen getätigt wurden. Dies wird für die Rechnung 2010 eine gewisse Entlastung bringen. Das Jahr ist noch nicht fertig, die neusten Hochrechnungen zeigen aber dieses Resultat. Die Äusserungen der grossen FraktionssprecherInnen sind vielversprechend. Der Stadtrat wird nächsten Juni an diese Verantwortung erinnert werden müssen. Der Gemeinderat wird die Finanzstrategie dann gestützt auf das Rechnungsergebnis 2010 weiterführen und entsprechende Massnahmen vorschlagen. Der Gemeinderat geht heute davon aus, dass die Verbesserungsmöglichkeit rund CHF 20 Mio. betragen wird. Dies wird aber erst mit dem Rechnungsergebnis 2010 definierbar sein. Dabei werden auch die vorhergehenden und zu erwartenden Rechnungsabschlüsse zu berücksichtigen sein. Herr Nicati legte dar, wie es herauskommen könnte, wenn keine Massnahmen ergriffen werden. Herrn Güntensperger kann ich versichern, dass die Stadt letztes Jahr das Ziel erreichte, ihre Schuld erheblich zu senken, nämlich von über CHF

4'000.- auf ungefähr CHF 2'000.- pro EinwohnerIn. Die Finanzsituation der Stadt verbesserte sich in den letzten Jahren erheblich. Jetzt geht es Biel wie jemandem, der das Idealgewicht sucht: es ist einfacher, dieses zu erreichen, als es zu halten. Die Anstrengungen, sich aus einer guten Lage nicht wieder in eine schlechte zu manövrieren, müssen jetzt unternommen werden. Der wichtigste Aspekt sind für mich die Passivzinsen. Heute muss Biel über 2 Steuerzehntel Passivzinsen pro Jahr weniger zahlen als noch vor ein paar Jahrzehnten. Diese über CHF 10 Mio., welche weniger bezahlt werden müssen, werden hauptsächlich zum Investieren gebraucht. Ich bin Herrn Nicati dankbar für seine Aussage. Eine Stadt, die nicht investiert, verschlechtert sich. Es kann nicht nur in tägliche Arbeiten investiert werden, es müssen auch mittel- und langfristige Ziele verfolgt werden. Auch ein Unternehmen, das nicht investiert, hat Schwierigkeiten, seine Zukunft zu gestalten. Deshalb freute es mich, dass ein Kandidat aus dem rechten Lager meinen, vor 20 Jahren angebrachten Wahlslogan auf seine Fahne hisste: "sparen, um zu investieren." Ich verlange natürlich nicht, dass er auch noch sagt, sein Ziel sei rote Politik mit schwarzen Zahlen...

## **210. 20100177 Investitionsplanung ESB 2011 - 2015**

**Ammann Olivier, au nom de la Commission de gestion:** Je ne vais pas vous parler en détail du contenu de ce rapport. Je veux vous donner quelques points importants afin de garantir l'avenir d'une entreprise, comme le disait notre Directeur des finances à l'instant. Plusieurs domaines sont concernés. Dans le domaine de l'électricité, il est important de pouvoir investir, à l'avenir, dans une sous-station à Boujean, ceci non en relation avec les stades. C'est un besoin pour la zone industrielle. Il s'agit d'assurer le principe de l'autofinancement. L'autofinancement est une chose essentielle et importante étant donné que la loi sur la libéralisation des marchés de l'électricité va imposer certaines règles. Du côté des centrales électriques du lac de Bière (CELBI ou BIK), il était prévu dans un premier temps d'augmenter le capital de cette société, pour pouvoir financer les différents grands projets. Or, il est possible d'assurer ces investissements par un 100% d'autofinancement et ainsi de renoncer à une augmentation du capital en question. Un dossier va éventuellement faire couler beaucoup d'encre ces prochains temps: les télécommunications. Un gros montant est prévu pour la réalisation un réseau de fibres optiques. On peut se demander si l'investissement est en relation avec ce qu'il doit rendre comme service. Or, il y a là aussi différents travaux en cours. Il est prévu de travailler en deux étapes. La première étape concerne un projet restreint local. Nous aurons la possibilité d'en débattre au Conseil de ville en 2011.

Dans le domaine du gaz, un projet important est terminé. Il s'agit du réseau de Granges. La ville de Granges est aussi concernée par ESB. Il y a une chose importante à souligner: les coûts ont diminué de 40%.

Dans le domaine de l'eau, la concession pour la station de pompage des eaux du lac à Ipsach arrive à échéance en 2014. Différentes questions devront être posées ces prochains temps, afin de savoir quoi faire. S'agit-il d'une nouvelle concession? Si oui, quelles installations seront nécessaires ou y a-t-il d'autres solutions? Il est important

de savoir, que même si on arrive à la fin d'une concession, les installations existantes arrivent en fin de vie, donc des investissements seront nécessaires. La station de pompage d'Ispach assure une grande partie de la sécurisation de la distribution en eau pour toute la Ville de Bienne et c'est pour cette raison qu'il faudra bien pouvoir faire des investissements. À ce moment, il s'agira de montants très importants. Par ailleurs, le réseau d'eau de la Ville de Nidau est en très mauvais état. Là aussi, ESB devra faire des investissements importants et des demandes de crédits seront proposées en temps voulu.

Pour tous ces domaines, il existe les Services centraux. Actuellement, ESB se trouve sur deux sites: au Chemin de la Course et à la rue de Gottstatt. Là aussi, il y a la question de savoir comment regrouper et comment pouvoir travailler plus efficacement, ceci dans le but de faire certaines économies. La Commission de gestion souhaite, que cette planification d'investissements soit bien accueillie au Conseil de ville. Évidemment, nous en prenons connaissance.

**Güntensperger Nathan, Fraktion GLP:** Die Fraktion GLP nimmt mit Freude zur Kenntnis, dass Biel weitere Schritte unternimmt, um mehr in eigene und umweltfreundlichere Energien zu investieren: Wasserwirbelkraftwerk, Windpark, Solardach auf den Stades de Bienne und Geothermie. Dies sind Investitionen, die nach heutiger Ansicht zukunftsgerichtet sind. Trotzdem hat die Fraktion GLP einige kritische Fragen dazu: Wie andere Stadträte auch, erhielt ich eine E-Mail von Raymond Béguelin. Die Bilder und Informationen, die er mir zukommen liess, stimmten mich nachdenklich. Die Erschliessungsarbeiten für Zufahrtswege für Windkraftwerke im Jura scheinen offensichtlich doch recht erheblich zu sein. Wie stellt sich der Gemeinderat generell zu diesen Bildern und Informationen und wie sieht die Situation bei dem von der Stadt unterstützten Projekt oberhalb von Court aus? Die andere Frage betrifft die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) der Solaranlage auf dem Dach der Stades de Bienne. Um diese zu erhalten, muss der Baubeginn innerhalb vorgeschriebener Fristen erfolgen. Nun wurde endlich die definitive Baubewilligung erteilt. Können die verlangten Fristen noch eingehalten werden? Wie lange kann HRS den Baubeginn noch hinauszögern, bis die zugesicherte kostendeckende Einspeisevergütung verfällt? Was geschieht, wenn HRS die Stadien nicht bauen will? Sind in diesem Fall andere Solaranlage-Projekte vorgesehen?

**Schwicker Barbara, Sicherheitsdirektorin:** Ich danke der GPK für die gute Zusammenfassung über die vielfältigen Aktivitäten des ESB. Ich möchte noch etwas sagen zu Fiber to the home, also zum Glasfasernetz bis in die Wohnungen. Herr Ammann sagte zu Recht, dass in diesem Bereich über CHF 50 Mio. eingesetzt sind, eine enorm hohe Summe. Dies bedarf einer Präzisierung. Bei diesem Betrag handelt es sich um den Totalbetrag. Der Gemeinderat geht im Moment nicht davon aus, dass die Stadt ein solches Netz allein bauen würde und somit der ganze Betrag bei der Stadt anfallen würde. Die Wirtschaftlichkeit ist tatsächlich eine grosse Frage. Der ESB ist immer noch am Ausrechnen, wieviel dieses Projekt wirklich bringen kann.

Danke auch für die Bemerkungen und Fragen von Herrn Güntensperger. Die E-Mail betreffend Windpark kam auch zu mir. Es handelt sich um eine Schock-Mail. Als ich sie öffnete, dachte ich auch zuerst, so etwas wolle die Stadt ganz sicher nicht. Ich empfehle Herrn Güntensperger einen Vorstoss zu diesem Thema einzureichen und

nachzufragen, was der Gemeinderat mit seinem Projekt im Sinn hat. Allerdings sind noch viele Arbeiten ausstehend. Als der Gemeinderat die erwähnte E-Mail sah, wünschte er sich eine Gelegenheit, um vielleicht sogar visuell darstellen zu können, wie dieses Projekt angedacht ist. Gerade für Zufahrtsstrassen, welche Herr Güntensperger erwähnt, gibt es bereits Abklärungen für den Windpark, welcher in Grenchen vorgesehen ist. Hier wird ersichtlich, dass ein Ausbau wie in der E-Mail beschrieben nicht nötig wäre. Es kann auch davon ausgegangen werden, dass ein Grossteil der in der E-Mail gezeigten Bilder nicht in der Schweiz aufgenommen wurden. Im Ausland gibt es beispielsweise sehr viel grössere Rodungsflächen, auf welchen die Windturbinen aufgestellt werden, als in der Schweiz erlaubt sind. Der Gemeinderat zeigt zu gegebenem Zeitpunkt sehr gerne, wie das Projekt in Court konkret aussehen könnte.

Beim Solardach auf den Stades de Bienne wird der Zeitplan im Moment noch eingehalten. Wenn HRS bald baut, sollte für die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) kein Problem entstehen. Im Moment kann ich jedoch nicht sagen, welche Auswirkungen eine Verspätung von einem halben oder gar einem ganzen Jahr auf die Wirtschaftlichkeit hätte. Die KEV würde nicht einfach verfallen, sondern sie wird mit jedem Jahr Verspätung etwas schlechter. Die Wirtschaftlichkeit müsste also ab dem Zeitpunkt überprüft werden, zu welchem das Solarkraftwerk an das nationale Stromnetz angeschlossen würde. Andererseits sinkt der Preis für Solaranlagen zurzeit signifikant, in den letzten Jahren wurden sie pro Jahr bis zu 10% billiger. Dies erhöht die Wirtschaftlichkeit wieder. Deshalb kann ich noch keine präzise Aussage machen. Für andere Solarprojekte wurde von Herrn Güntensperger ein Vorstoss eingereicht. Dieser wird bald im Stadtrat behandelt werden können. Unter Umständen könnte die Stadt auch Dächer für Private zur Verfügung stellen, womit auch in diesem Bereich eine Zusammenarbeit zwischen der Stadt und Privaten stattfinden könnte. Der Gemeinderat prüft diese Möglichkeit zurzeit. Es gibt auch Beispiele aus anderen Städten, zum Beispiel aus Zürich. Der Gemeinderat wird zu gegebenem Zeitpunkt darüber informieren und dem Stadtrat seine Vorschläge unterbreiten.

## **Abstimmung**

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 3. September 2010, gestützt auf Art. 54 Ziff. 3 Bst. c der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) sowie gestützt auf Art. 18 Abs. 1 der Verordnung über die Geschäftsführung des Energie Service Biel/Bienne vom 30. Januar 2004 (SGR 741.11):

**Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der Investitionsplanung ESB 2011 – 2015.**

## **211. 20090017 Verbilligung von Abonnements des Tarifverbundes / Reglement**

**Bösch Andreas, GPK:** Der Stadtrat verzichtete in der Budgetdebatte entgegen dem Vorschlag des Gemeinderats 2010 darauf, die Verbilligung der Busabonnemente zu streichen. In der Folge liess der Gemeinderat ein Reglement erarbeiten, da die

vorgängige Praxis auf einem Stadtratsentscheid von 1992 beruhte. Das Reglement soll sicherstellen, dass die Verbilligung der Busabonnemente weiterhin so erfolgt, wie dies seit 1992 der Fall ist. Anspruch auf Verbilligung haben in Biel wohnhafte Personen, welche Ergänzungsleistungen zu AHV und IV und/oder kantonale Zuschüsse nach Dekret beziehen sowie deren Familienangehörige, soweit diese in die Berechnungen der Ergänzungsleistungen miteinbezogen sind. Dies wird im Artikel 2 des Reglements über die Verbilligung von Abonnements des Tarifverbundes (SGR 764.84) aufgeführt. Bei der Verbilligung handelt es sich um einen fixen Betrag. Dieser entspricht 50% eines Abonnements für Junioren und Rentner in den Zonen 1 und 2. 1992 belief sich dieser Betrag auf CHF 150.-, aktuell sind es CHF 207.-. Die Verbilligung gibt es auf Abonnemente aller Zonen. Der Betrag ist fix, wenn also auch Zone 3, 4, 5 und so weiter gebraucht werden, muss der Aufpreis selber bezahlt werden. Die Ausstellung sowie die Abrechnung der Verbilligungen laufen über die AHV-Zweigstelle. Die Kosten gehen zu Lasten der Gemeinderechnung. Die GPK ist einstimmig dafür, dass die bisherige Praxis weitergeführt wird. Sie ist deshalb froh darüber, dass das Reglement nun eine sichere Grundlage schafft. Die GPK stimmt dem Reglement einstimmig zu.

Die Fraktionen wurden über den Änderungsantrag der Fraktion Grüne informiert. Es ist tatsächlich so, dass Artikel 1 des Reglements über die Verbilligung von Abonnements des Tarifverbundes (SGR 764.84) missverstanden werden könnte. Dort werden explizit die Zonen 1 und 2 erwähnt. Insofern könnte das Reglement so verstanden werden, dass nur die Zonen 1 und 2 verbilligt werden, nicht aber die übrigen. Die GPK konnte diesen Änderungsantrag jedoch nicht besprechen und sie kann deshalb dazu nicht Stellung nehmen. Wäre es aber wirklich so, dass nur Abonnemente der Zonen 1 und 2 verbilligt wären, so kommt dies einer Änderung der bisherigen Praxis gleich. Dies wäre nicht im Sinn der GPK. Wenn also der Änderungsantrag dazu führt, dass die bisherige Praxis weitergeführt wird, würde sich die GPK sicher nicht dagegen wehren. Sie möchte aber noch die Meinung des Gemeinderats hören.

**Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne:** Merci au Conseil municipal pour ce rapport. En fait, ce Règlement du prix d'abonnements de la Communauté tarifaire a pour effet d'ancrer cette aide aux transports publics pour les personnes bénéficiant de prestations complémentaires, de l'AVS et de l'AI. Cette aide équivaut à une diminution du prix de 207 fr. Il faut soutenir cela.

Néanmoins, ce rapport comporte des ambiguïtés. Je l'ai comparé avec l'arrêté du Conseil de ville voté à l'époque et qui servait de base légale pour cette aide. Sur l'ancien arrêté du Conseil de ville, il était dit: "*La réduction se monte à 150 fr. par abonnement annuel, indépendamment du nombre de zones de circulation*". Pour les zones 1 et 2 vous avez droit à 207 fr. de réduction. Mais si vous avez besoin d'autres zones, le règlement n'est pas clair. **Le Groupe des Verts aimerait maintenir cet acquis, c'est-à-dire de rajouter la phrase suivante: "...indépendamment des zones de circulation"**. C'est peut-être clair dans la tête des personnes ayant fait le règlement, mais pas pour tout le monde. Ainsi, tous les habitants de Bienne sauront qu'ils peuvent avoir droit à cette réduction, pour autant qu'ils soient bénéficiaires de prestations complémentaires. J'ai envoyé à toutes les présidences de groupes un mail, pour leur proposer une modification. L'art.1 du Règlement du prix d'abonnements de la Communauté tarifaire pourrait être modifié de la façon suivante:

*"La Ville de Bienne accorde une réduction d'abonnements de la Communauté tarifaire Bienne-Granges-Seeland-Jura-bernois, indépendamment des zones de circulation".*

C'est un peu compliqué, peut-être que le Conseil municipal devrait reprendre ce Règlement, le clarifier du point de vue juridique et ensuite le soumettre au Conseil de ville. J'attends la réponse du Conseil municipal. Merci.

**Jean-Quartier Caroline, au nom du Groupe socialiste:** Pour rappel, lors de sa séance du 21 octobre 2009, le Conseil de ville a décidé de garder l'offre de réduction du prix d'abonnements des biennoises et biennois aux bénéficiaires des prestations complémentaires, AVS, AI et d'allocations spéciales. C'est un geste que nous faisons volontiers à nos aînés, qui ont cotisé toute leur vie. Je tiens à rappeler, que le maintien de cette réduction fut réalisable, grâce à l'ensemble des membres du Conseil de ville, qui avait refusé sa suppression proposée par le Conseil municipal. La période que nous vivons est difficile pour nous tous, mais spécialement pour les personnes ayant des problèmes financiers. C'est le cas des personnes âgées, qui ne roulent pas toutes sur l'or. Il est dès lors important, que nous puissions soutenir ces personnes, en les déchargeant d'une partie des coûts de leurs abonnements de transports publics. Cette réglementation ne changera rien au niveau du budget 2011.

Depuis 1992, il existe un arrêté. Il est grand temps que cette réglementation soit mise à jour et qu'elle soit appliquée dans un cadre juridique clair, ce qui n'est pas le cas actuellement. Pour la version française du document, **le Groupe socialiste propose**, pour des raisons de compréhension, **de remplacer, à l'art. 4 du Règlement "...de confirmations écrites..." par "...d'attestations..."**. De plus, le Groupe socialiste soutient l'amendement du Groupe des Verts. Le Groupe socialiste vous remercie d'adopter cette réglementation et son amendement. Je vous remercie de votre attention.

**Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture:** Je vous remercie de vos déclarations. Il me semblait que cette affaire pourrait être acceptée sans discussion. La proposition qui est faite ne m'a pas été soumise à l'avance. Donc, je suis un peu emprunté. Néanmoins, je peux vous assurer que la formulation du Règlement, tel qu'il vous est soumis, nous permet parfaitement de fonctionner. Jusqu'à présent, nous avons toujours accordé le rabais de 50% pour les zones 1 et 2, y compris pour les personnes qui souhaitent un abonnement pour aller au-delà des zones 1 et 2. C'est-à-dire, que dans les attestations que l'Agence AVS délivre, il est précisé, que pour les zones 1 et 2, les personnes payeront la moitié du prix correspondant à ces deux zones et ils payeront le plein tarif pour les autres zones. J'ai cru comprendre, de la part de Madame Magnin, qu'elle souhaitait avoir le rabais pour toutes les zones. Cela n'est pas l'intention qui se cache derrière ce Règlement et ce n'est pas la pratique, même si cette vieille décision formulait les choses autrement. Il était dit, que c'était pour toutes les zones, mais cela a été interprété comme toutes les zones du territoire municipal et en plus, un montant nominal fixe était mentionné. Le Règlement, tel qu'il vous est proposé aujourd'hui, dans cette formulation, nous permet parfaitement de fonctionner, donc d'attribuer un rabais de 50%, pour les zones 1 et 2, à toutes les personnes décrites dans les catégories a, b et c de l'art.3 (RDCo 764.84) et de demander le plein tarif, pour les zones au-delà du territoire municipal. Je vous propose de rejeter cet amendement,

dont je n'ai même pas vu la formulation et d'accepter ce Règlement, tel qu'il vous est soumis.

**Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne:** Je crois que nous ne nous comprenons pas. Je ne demande pas 50% de réduction pour toutes les zones. Une réduction de 207 fr. est accordée pour les zones 1 et 2. Je vous donne un exemple: si quelqu'un prend la zone 5, au prix de 963 fr., nous demandons, que sur cet abonnement, les personnes payent 207 fr. de moins. C'est-à-dire que la diminution prévue pour les zones 1 et 2 soit aussi appliquée pour les autres zones. C'est la pratique actuelle. Si la mention "*pour les zones 1 et 2*" était supprimée, cela suffirait. Les gens auraient ainsi la possibilité de bénéficier de la diminution de 207 fr. pour les autres zones également. Merci.

**Güntensperger Nathan, GLP:** Nach meinem Verständnis sind in einem Abonnement der Zone 3 die Zonen 1 und 2 inbegriffen. Somit erhalten alle Abonnemente Verbilligungen. Also kann Artikel 1 des Reglements über die Verbilligung von Abonnements des Tarifverbundes (SGR 764.84) wie vom Gemeinderat vorgeschlagen stehen gelassen werden, die Zonen 1 und 2 sind in jedem Abonnement enthalten.

**Stöckli Schwarzen Heidi, SP:** Als ich den Bericht las, war es mir - wie Herrn Güntensperger - klar, dass die Grundverbilligung für die Zonen 1 und 2 auch besteht, wenn zusätzliche Zonen gelöst werden. So wie ich die Fraktion Grüne verstehe, möchten sie entweder Zone 1 und 2 aus dem Artikel 1 des Reglements über die Verbilligung von Abonnements des Tarifverbundes (SGR 764.84) streichen oder einen Zusatz wie im alten Reglement, dass die Verbilligung für Zone 1 und 2 gilt, unabhängig davon, welche Zonen gelöst werden. Es ist nun am Gemeinderat, zu entscheiden, ob dies nötig ist oder nicht. Wenn es nicht nötig ist, muss dies protokollwirksam formuliert werden, so dass später darauf zurückgegriffen werden kann. Ich bin der Meinung, dass diese Situation so bereinigt werden könnte.

**Suter Daniel, au nom du Groupe Forum:** Au sein du Groupe Forum, nous avons compris la chose de la même manière. Madame Magnin ne propose pas une modification matérielle du Règlement, mais une adaptation rédactionnelle, afin d'éviter tous malentendus. Tout le monde est d'accord avec ce que vient de dire Madame Stöckli Schwarzen. À mon avis, il suffit que cela soit mentionné dans le procès-verbal. Dans ce sens, nous n'avons pas besoin de cet amendement et pouvons approuver le Règlement tel quel. Merci de votre attention.

**Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture:** Il faut donner raison au juriste venant de prendre la parole.

**Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne:** Je suis d'accord avec cette proposition. Il faut que cela soit clair et que tout le monde soit d'accord, afin que cette diminution du prix s'applique aussi, si les gens prennent plus de zones que les zones 1 et 2.

## Abstimmung

über den Änderungsantrag der Fraktion SP, Artikel 4 des Reglements (französische Version: "... de confirmations écrites..." par "...d'attestations...") anzupassen

**Der Antrag wird abgelehnt.**

## Abstimmung

über den Beschlussesentwurf

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 17. September 2010, gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Ziff. 4 Bst. g der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Der Entwurf des "Reglements zur Verbilligung von Abonnements des Tarifverbundes" wird bewilligt.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

## **212. 20100284 Schulhaus Walkermatte: Betrieblich bedingte Anpassungen und Erweiterung / Architekturwettbewerb und Projektierung / Verpflichtungskredit**

**Ammann Olivier, au nom de la Commission de gestion:** La Commission de gestion a longuement débattu sur ce dossier et s'est posée un certain nombre de questions. Elle a reçu les réponses adéquates de la part de l'Administration. Effectivement, le besoin d'assainissement est démontré. Deuxièmement, il faut tenir compte que l'école de base est en réforme. Troisièmement, l'école à journée continue prend de l'ampleur. Comme on le voit, il faut adapter les locaux scolaires, afin de pouvoir répondre à la demande croissante dans tous les domaines.

Par rapport au projet, la Commission de gestion regrette, de ne pas être en possession d'une planification claire des locaux scolaires. Le Conseil de ville a aussi voulu être en possession de cette planification des locaux scolaires. Un point important était de savoir, si l'assainissement fait en 2007 pourrait porter préjudice au projet futur qui sera développé, via ce crédit. La réponse est clairement non. Ceci pour différentes raisons:

- Des contacts ont eu lieu avec différentes associations de protection des sites et du patrimoine, qui ont permis de délimiter clairement les possibilités d'aménagement et d'extension des bâtiments concernés.
- La question de savoir, si l'on pouvait agrandir ce bâtiment scolaire, en ajoutant un ou plusieurs étages supplémentaires sur les bâtiments existants, a été écartée.
- L'assainissement du toit plat, en 2007, n'est pas un investissement fait pour rien ou perdu. Dans le cadre de ce projet d'extension et d'assainissement, aucun des travaux effectués ne doivent être démolis, remplacés ou modifiés.
- Concernant la procédure de concours d'architecture mise en place, l'expérience a démontré, que le fait de faire un concours permet, pour un projet de cette ampleur, d'établir solidement le projet, de le faire accepter par une grande majorité et surtout de pouvoir répondre à un certain nombre de questions, qu'une procédure sélective



pourrait éventuellement oublier ou créer des difficultés de réalisation. Le nombre de participants au concours d'architecture est évalué à huit, d'après le rapport et correspond à cette bonne expérience. Le coût du concours est raisonnable, vu les expériences faites. Avec le degré d'acceptation résultant de ce concours, on ne peut que faciliter la prochaine réalisation. Suite à ces éléments et analyses, la Commission de gestion vous propose d'approuver ce crédit de planification.

**Bösch Andreas, Fraktion Grüne Biel:** Die Fraktion Grüne stimmt diesem Projektierungskredit und dem gewählten Vorgehen zu. Sie hat aber eine Frage zum Minergie-Standard: Für die Aula der Schulanlage Walkermatte ist ein Neubau vorgesehen. Die Fraktion Grüne geht davon aus, dass diese im Minergie-Standard gebaut wird. Wie sieht es aber beim Umbau aus? Muss diese Anforderung auch dort erfüllt werden? Es wurde ja beispielsweise auch erwähnt, dass der Heizkessel in absehbarer Zeit ersetzt werden muss. Die Fraktion Grüne fände es sinnvoll, den Minergie-Standard auch beim Umbau anzustreben.

**Rüfenacht Martin, Fraktion Forum:** Die Fraktion Forum stellt sich klar hinter dieses zwar kostspielige, aber notwendige und dringende Projekt. Ihre Bemerkungen richten sich in erster Linie nicht an die Baudirektion, sondern an die Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion als Auftraggeberin. Vor kurzem wurde für CHF 1,9 Mio. das Schulhausdach saniert. Nun ist schon wieder ein Aus- und Umbau für die Basisstufe, die Tagesschule sowie den Kindergarten nötig. Sicher ist diese Sanierung begründet, aber CHF 2,5 Mio. sind nicht wenig Geld. Die Fraktion Forum bemängelt insbesondere, dass nach der Dachsanierung nun schon wieder ein Bauprojekt ansteht. Dieses wäre voraussehbar gewesen und hätte gleichzeitig mit der Dachsanierung ausgeführt werden können. Nun wird der Schulfriede schon wieder gestört. Die Fraktion Forum beanstandet, dass nach wie vor ein Schulraumplanungskonzept fehlt. Das ist schade. Herr Bösch erwähnte vorhin, dass vielleicht schon bald der Heizkessel ansteht. Alle diese Sanierungen gehören in ein zusammenhängendes Konzept, damit klar ist, was wann saniert und wann und weshalb Geld ausgegeben werden muss. Die Fraktion Forum befürchtet, dass der eingeschlagene Weg, insbesondere der Architekturwettbewerb, den ganzen Umbau verteuern könnte. Ich erinnere an die Garderobenanlage im Mettmoos. Aber wie gesagt, Auftragnehmer und -geber sind nicht dieselben. Wer einen Auftrag übernimmt, hat diesen einfach auszuführen. In diesem Sinn stimmt die Fraktion Forum vorliegendem Projekt mehrheitlich zu.

**Sutter Andreas, Fraktion BVP plus:** In Japan gab es einmal eine Baumethode für Hochhäuser. Bei dieser wurde zuerst das Dachgeschoss gebaut, dieses wurde immer weiter hinaufgepresst und unten immer noch ein Stockwerk eingefügt. Am Schluss stand ein 100-stöckiges Gebäude. Dieses Bauverfahren gibt es heute nicht mehr. Biel geht allerdings noch einen Schritt weiter: Zuerst wurde für knapp CHF 2 Mio. das Dach saniert, was dringend nötig war. Die Heizanlage entspricht nicht mehr der Luftreinhalteverordnung und muss nächstens ersetzt werden. Heute Abend soll die Planung für ein neues Hauskonzept beschlossen werden. Dazu gehört im Nachgang die Information, wie Biel mit der Einführung der Basisstufe umgeht. Ganz zuletzt kommt dann die Schulraumplanung. So geht es nicht! Die GPK und die Fraktion Forum haben Recht: eigentlich muss zuerst eine auf den Bedürfnissen basierende Planung gemacht werden, danach erfolgt ein Bau von unten nach oben, der dann mit der Sanierung des Dachs abgeschlossen wird. Dies ist auch als Rüge an den

Gemeinderat zu verstehen, dass er das Dossier Schulhausplanung nicht proaktiver anpackt. Der Planungskredit ist bei der Fraktion BVP plus unbestritten. Es handelt sich um eine komplexe Sache, deshalb unterstützt sie auch die Ausschreibung eines Wettbewerbs.

**Wiederkehr Martin, Fraktion SP:** Ich nehme nicht Stellung zur Schulraumplanung. Diese ist nicht Gegenstand dieser Debatte. Bei diesem Geschäft geht es um einen Architekturwettbewerb und ein zu realisierendes Projekt. Dieses ist in der Fraktion SP unbestritten. Dies gilt nicht für die Finanzierung, da das Vorhaben sehr viel kostet. Die Fraktion SP möchte wissen, ob das Projekt bereits lanciert ist. Wenn im Januar ein Architekturwettbewerb durchgeführt werden soll, müssten die Architekturbüros bereits angeschrieben worden sein. Innerhalb nur eines Monats können diese kein gutes Projekt ausarbeiten. Das Bauprojekt sollte nicht durch finanzpolitische Überlegungen verzögert werden. Es ist wichtig, dass im Winter 2011 mit dem Bau begonnen werden kann. Beim Aula-Projekt sieht die Fraktion SP die versteckte Botschaft, dass dieses vielleicht gar nie ausgeführt wird. Sie möchte wissen, welche Absicht hinter dieser Strategie steckt.

**Grünenwald Samuel, UDF:** Il est clair, que les écoles doivent être adaptées aux conditions actuelles, qui se développent. Au point 3.2 (page 7 du rapport), à l'avant dernier paragraphe, il est mentionné: *"Les classes de 3<sup>ème</sup> à 6<sup>ème</sup> années germanophones ainsi que celles de 3<sup>ème</sup> à 6<sup>ème</sup> années francophones resteront dans les autres salles de classes existantes. La petite salle qualifiée d'aula (75m<sup>2</sup>) au niveau supérieur doit désormais être utilisée pour des salles de classes"*. Je ne sais pas si tout le monde voit où se situe cette école et comme se présente le quartier. Selon le plan, en dernière page du rapport, l'aula se situe en-haut vers l'entrée. C'est la partie la plus proche des habitations du quartier. Cela pourrait provoquer des réserves de la part du voisinage. Je suis d'accord pour le projet, mais j'aimerais que les voisins, dont je fais partie, soient pris en compte. Merci.

**Klopfenstein Hubert, Baudirektor:** Ich danke dem GPK-Sprecher für die Zustimmung. Zur Schulraumplanung wird sich Herr Moeschler äussern. Ich möchte klären, dass es sich hier um ein neues Projekt handelt. Die terrassenförmige Schulanlage wurde vor zwei Jahren saniert, daran werden jetzt keine Anpassungen vorgenommen. Beim heutigen Projekt handelt es sich um einen Neubau im südlichen Teil. Dieser ist von der heutigen Schulanlage völlig getrennt. Deshalb wird die Realisierung den Schulbetrieb nicht stören. Es handelt sich um ein neues Projekt, da nun die Basisstufe mit Tagesschule realisiert und auch der Kindergarten Wildermethmatte integriert werden soll. Die Aula ist als Option vorgesehen. Die Projekte Kindergarten und Tagesschule werden in diesen Tagen aufgegleast. Für den Neubau ist auf jeden Fall der Minergie-Standard vorgesehen. Wenn die Heizanlage erneuert werden muss, ist die Stadt verpflichtet, die neusten Normen anzuwenden. Ich hoffe aber, dass der alte Kessel noch eine Weile halten wird.

**Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture:** La question de la planification des locaux scolaires a été mentionnée à plusieurs reprises. Elle a aussi fait l'objet de discussions au Conseil de ville, au moment où vous avez résolu de prolonger les délais, pour des raisons tout à fait évidentes, puisqu'il s'agissait d'avoir plus de clarté de la part du Canton, quant à ses intentions en matière de cycle élémentaire et dans d'autres questions encore. Le

Conseil municipal a dit, que jusqu'à ce que nous ayons tous les éléments, nous ne pouvons pas faire une planification sur l'ensemble du territoire municipal. Une planification des locaux scolaires doit tenir compte des évolutions démographiques. Nous allons faire cela dans les délais qui nous sont imposés. La question est de savoir, si une telle planification des locaux scolaires, sur l'ensemble du territoire municipal, aurait une incidence sur les projets concrets que nous avons. Ces projets concrets sont: le chemin de la Paix (en réalisation actuellement), le Châtelet (en préparation actuellement), les Prés-Walker et le projet des Platanes. La planification générale des locaux scolaires n'a pas d'incidence particulière sur un projet, dans un quartier particulier, lorsque les besoins sont avérés depuis très longtemps.

En ce qui concerne les Prés-Walker, il n'y a aucun élément qui pourrait venir d'une planification générale des locaux scolaires, qui pourrait changer le fait qu'il est nécessaire d'avoir des locaux différents pour le jardin d'enfants. Cela ne change rien au fait, que ce bâtiment doit être rénové et que les locaux doivent être adaptés. Ce projet doit être réalisé. Dans le quartier de Beaumont, il n'y a pas eu d'évolution démographique, qui nous amène à changer l'analyse du besoin, sinon le fait que depuis très longtemps, une partie des enfants de l'école enfantine du quartier fréquente l'école enfantine aux Prés-Wildermeth, ce qui n'est certainement pas souhaité par les parents du quartier. Le besoin est tout à fait avéré. Je comprends ces critiques comme un encouragement à aller de l'avant, mais elles sont tout à fait inopérantes en l'occurrence.

Je pourrais faire aussi des remarques sur les priorités à fixer dans les travaux, qui sont attribués au Département écoles et sport. Je vous prie d'accepter ce projet d'étude, pour ensuite permettre d'aller plus en avant dans la préparation d'un projet et de décider finalement, s'il est nécessaire ou s'il est possible de réaliser une aula. Qu'il soit souhaité ou nécessaire de le faire, c'est établi depuis toujours. Il n'y a pas besoin de faire de grandes thèses de doctorat. La question est celle des ressources financières de la Ville, dont nous mettons dans le bilan. Lorsque le projet aura été réalisé par la Direction des travaux publics, nous pourrons voir quels sont les coûts et décider si la réalisation d'une aula est souhaitable ou pas. Cette école est construite sur plusieurs étages, en raison de la géographie du terrain. La construction d'une éventuelle aula n'aurait pas d'incidence sur le fonctionnement de l'école, puisqu'elle se situerait quelque peu à l'écart des bâtiments utilisés actuellement.

Encore une fois, je vous encourage à accepter ce crédit. Les personnes qui appellent de leurs vœux à une planification, je les encourage à la patience. Ces personnes seront satisfaites, dès que le Canton nous aura donné tous les éléments nécessaires, afin que les bâtiments puissent être planifiés. J'ai encore une remarque: les besoins changent tellement vite et je ne suis pas sûr, que vous n'attendiez pas trop de cette planification des locaux scolaires ou que vos attentes aillent au-delà de ce qui est véritablement utile pour l'école publique biennoise.

## **Abstimmung**

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 1. Oktober 2010, gestützt auf Art. 39 Abs.1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Für die Durchführung eines Architekturwettbewerbes und die Ausarbeitung eines Projektes betreffend Schulhaus Walkermatte: Betrieblich bedingte bauliche Anpassungen und Erweiterung, Konto Nr. 54000.343 wird ein Verpflichtungskredit von CHF 445'000.00 bewilligt. Der Kredit ist in den späteren Verpflichtungskredit für die Ausführung zu integrieren.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

### **213. Fragestunde (Fragenkatalog siehe Anhang Nr. 1)**

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Fünf Fragen gingen beim Ratssekretariat fristgerecht ein. Sie liegen auf den Tischen auf (Fragenkatalog siehe Anhang Nr. 1). Ich lese sie nicht vor. Da Herr Donzé abwesend ist, wird seine Frage 1 nicht beantwortet. Die Fragestunde beginnt also mit Frage 2.

### **Annuaire téléphonique de l'administration communale**

**Stöckli Hans, maire:** Effectivement, cet annuaire téléphonique n'est plus imprimé depuis 2008. J'ai également celui de 2008. L'Administration a la possibilité de s'informer au moyen d'un système électronique. Pour des raisons de sécurité, les numéros de téléphones ne sont plus publiés sur internet. Il est planifié pour 2011, par notre nouveau système internet, de publier partiellement les numéros les plus importants de cet annuaire. Il s'agit de la réponse officielle. Je peux dire que je regrette.

### **Wann wird der Zugang über die Murtenstrasse für Velofahrende endlich ermöglicht?**

**Klopfenstein Hubert, Baudirektor:** Die Öffnung der oberen Murtenstrasse erfordert gewisse verkehrstechnische Anpassungen und die Aufhebung von drei Längsparkplätzen auf der Westseite der Murtenstrasse. Das Projekt wird nächstes Jahr an die Hand genommen und umgesetzt.

### **Wegverbindung Taubenloch-Tierpark**

**Klopfenstein Hubert, Baudirektor:** Beim erwähnten Verpflichtungskredit geht es darum, gewisse Sicherungsmassnahmen für den bestehenden Schluchtweg in die Wege zu leiten. Erst wenn der bestehende Weg wieder sicher ist, kann die Wegverbindung zwischen Taubenloch und Tierpark realisiert werden. Dies wird frühestens 2012 der Fall sein.

## Schlüsse aus dem Pilotprojekt mit den Sozialinspektoren

**Moeschler Pierre-Yves, Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektor:** Das Pilotprojekt "Sozialinspektoren" des Kantons Bern und der Projektgemeinden Biel, Ittigen, Köniz und später der Stadt Bern dauerte von Mai bis Dezember 2008. Der Evaluationsbericht wurde am 30. März 2009 veröffentlicht. Die kantonale Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) hat auf den 1. Januar 2010 den Einsatz von Sozialinspektoren für alle Gemeinden ermöglicht und die Bedingungen in einer Weisung geregelt. Mit der Revision des Sozialhilfegesetzes sollen auf den 1. Januar 2012 weitere rechtliche Grundlagen im Bereich des Datenschutzes und der verdeckten Ermittlungen geschaffen werden. Biel hat sich von Anfang an mit Überzeugung am Pilotprojekt beteiligt. Die Stadt setzt seit Mai 2008 in begründeten Fällen Sozialinspektoren ein. Insgesamt wurden seither 34 Aufträge erteilt. Eine detaillierte Auswertung wird ab 2011 jährlich erfolgen. Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass der Einsatz von Sozialinspektoren meist den Verdacht bestätigt, hingegen in den wenigsten Fällen zu verwendbarem Beweismaterial führt. Die verfügbaren Rückerstattungen sind weitgehend wirkungslos, da die Betroffenen über keine Mittel verfügen. Neben dem Einsatz von Sozialinspektoren hat die Abteilung Soziales seit 2008 die internen Abklärungen und Kontrollen erheblich ausgebaut. Diese Massnahmen erwiesen sich als wirksam.

### 214. Postulat 2010081, Thomas Lachat, Fraktion SP, "Sprache gut - alles gut!"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Dieses Postulat wurde von mir eingereicht. Deshalb übergebe ich die Sitzungsleitung für dieses Traktandum Frau Liechti Gertsch.

**Lachat Thomas, SP:** In meiner Funktion als Schulleiter bin ich seit einiger Zeit auch für die Kindergärten zuständig. Ich bin oft dort und sehe Kinder, die nicht selbstständig auf die Toilette und sich nicht selber die Nase putzen können und noch nie eine Schere oder ein Buch in den Händen hielten. Kürzlich sah ich ein Kind, das nicht selber die Treppe hochsteigen konnte. Es gibt auch Kinder, die nicht gewohnt sind, mit anderen Kindern zu spielen oder die sich nicht von zu Hause lösen können. Die Kinder haben sehr unterschiedliche Sprachkompetenzen, einige können kaum deutsch. Es gibt aber auch solche, die trotz Migrationshintergrund gut deutsch sprechen, weil sie in einer Kita waren. Übrigens gibt es auch Schweizer Kinder, die nicht deutsch sprechen. Frühförderkonzepte sind deshalb wichtig. Wenn diese Probleme nicht bereits im Kindergarten angegangen werden, akkumulieren sie sich und die Defizite werden immer grösser. Das von mir eingereichte Postulat wurde von ungefähr 170 Bieler Lehrkräften unterzeichnet und an die Erziehungsdirektion des Kantons Bern geleitet. Die Antwort lautete, im Moment könne nicht viel geändert werden. Ich bin froh zu wissen, dass auch aus anderen Teilen des Kantons Bern ähnliche Briefe an die Erziehungsdirektion gelangen. Mit der Antwort des

Gemeinderats bin ich insofern einverstanden als ich sehe, dass die Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion die Diskussion mit dem Kanton weiterführen wird.

**Pichard Alain, GLP:** Ich kann Herrn Lachat nur unterstützen. Der Sozialindex ist nicht optimal gestaltet, das ist so. Der Kanton verteilte 12'000 SOS-Lektionen nach einem Schlüssel auf die Gemeinden. Biel schöpfte seine Lektionen aus. Kantonsweit wurden aber nicht alle Lektionen aufgebraucht. Es stimmt nicht, dass es nur auf die Nationalität ankommt. Letzthin erzählte mir ein Kollege von einem Elterngespräch, das er mit einer meiner Ex-Schülerinnen führte. Diese stammt aus der Türkei, wuchs in der Schweiz auf und spricht perfekt Schweizerdeutsch. Ihre Tochter aber spricht weniger gut deutsch als sie selbst, obschon sie Schweizer-Bürgerin ist. Es ist heute erkennbar, dass die zweite Generation, die hier zur Welt kam, nicht unbedingt die erwarteten Fortschritte macht. Das Geld für die Frühförderung wäre eigentlich vorhanden. Dort, wo ich jetzt unterrichte, gibt es dafür eine Begabtenförderung, stellen Sie sich das vor! Eine Lehrerin ist für sechs Lektionen Begabtenförderung angestellt, für nur drei Kinder. Das verstehe ich nicht. Hier wird Geld mit dem Giesskannenprinzip verteilt ohne Rücksicht auf die Probleme zu nehmen, mit welchen die Zentren wie Biel, Burgdorf oder Bern kämpfen. Ich bitte unsere GrossrätInnen, den Sozialindex anders zu gestalten.

**Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture:** Je crois que le Canton a fait une erreur dans cette évaluation de l'index social. Dans le système précédent, les communes urbaines avaient créé de nombreuses classes spécialisées. Elles avaient développé l'enseignement en faveur des enfants rencontrant des difficultés particulières et avaient une offre extrêmement grande. Cependant les communes de la campagne étaient moins bien dotées. À travers la "cantonalisation" et l'application de l'art. 17 de la LEO (RSB 432.210), on a voulu égaliser l'offre sur l'ensemble du territoire cantonal, en mettant une sorte de petit privilège aux villes. Cela n'est naturellement pas suffisant. On tient à développer une offre là où le besoin n'existe pas et on ne met pas assez de ressources, là où le besoin existe effectivement. Comme il est dit dans la réponse, le Conseil municipal est intervenu auprès du Canton, afin d'obtenir des concessions sur ce terrain. Cela a été un succès partiel. Même si la Ville de Bienne a obtenu une place de plus, cela ne correspond pas aux ressources précédentes.

Une nouvelle intervention parlementaire vient d'être déposée le 1<sup>er</sup> novembre 2010 au Grand Conseil, avec les communes de la périphérie, qui connaissent les mêmes difficultés (Pieterlen, Nidau, Brügg, etc.). Nous espérons, que le Canton nous entendra mieux cette fois-ci. Comme le dit Monsieur Pichard, la balle est dans le camp des députés du Grand Conseil.

**Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.**

**Sitzungsunterbruch: 19.50 - 21.04 Uhr**

**215. Interpellation 20100084, Alain Pichard, GLP, "Filière bilingue, Rolle der Schulkommission und Lehrkräfte, Grundsätzliches"**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

**Pichard Alain, GLP:** Ich möchte nicht mehr auf die "Filière bilingue" zu sprechen kommen. Diese ist aufgegleist und ich bin gespannt auf die Resultate. Meine Interpellation hat aber eigentlich den Titel "*Filière bilingue und die Rolle der Schulkommission*". Die Schulkommission ist ein beratendes oder strategisches Organ. Sie war im Vorfeld zum Projekt "Filière bilingue" die einzige Institution, welche sich eine pädagogische Frage stellte. Sie erkannte, dass SchülerInnen, welche weder die eine noch die andere nationale Sprache kennen und auch in ihrer Muttersprache nicht sehr stark sind, in einem solchen Projekt überfordert sind. Aufgrund dieser Überlegung stimmte die Schulkommission der "Filière bilingue" zwar zu, liess aber einen Passus einfließen, wonach nur SchülerInnen aufgenommen werden, welche in einer der beiden Landessprachen sattelfest sind. Damit wurde das Dilemma der "Filière bilingue" offensichtlich. In einer Stadt, in welcher 60% der Kindergartenkinder einen Migrationshintergrund aufweisen, verschärft ein Projekt wie die "Filière bilingue" die Restschulproblematik... Dies ist der Grund, dass 150 Lehrkräfte den in der Interpellation erwähnten Brief unterzeichneten. Dieses Projekt liegt einfach nicht drin! Die Schulen haben bereits den Integrationsartikel zu bewältigen. Bei den französischsprachigen Schulen ist Biel in der Pisastudie an drittletzter Stelle. Die Stadt hat andere Probleme zu lösen als die "Filière bilingue". Die Vereinigung der Deutschschweizer Schulleitungen schrieb der Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion (BSKD) einen Brief, ich zitiere die letzten Sätze: "*Wir empfinden dieses Vorgehen der Direktion für Schule und Sport als rücksichtslos und äusserst kontraproduktiv für die weitere Zusammenarbeit. Für uns ist ihr Vorgehen bei der "Filière bilingue" unakzeptabel und wir protestieren in aller Deutlichkeit dagegen.*" Was tut die BSKD, konfrontiert mit diesen Vorwürfen? Sie streicht den erwähnten Passus der Schulkommission. An der Pressekonferenz liess sie verlauten, die Schulkommission stehe hinter der "Filière bilingue". Ich rieb mir die Augen, als ich das las und schrieb sofort einem Mitglied der Schulkommission. Ich wollte wissen, was los sei. Die Antwort lautete, ich zitiere: "*Ich habe keine Ahnung. Zurzeit bist du meine einzige Informationsquelle.*" Doch damit nicht genug. Letzte Woche kam ein Schulleiter zu mir. An einer der zahlreichen Sitzungen wurde von den Schulleitungen ein Konzept zum Bilinguismus verlangt. Die Schulleitungen fragten sich, weshalb es schon wieder ein neues Konzept braucht. Die Antwort war, die Schulkommission wolle dies. Was ist eigentlich die Schulkommission? Ist es eine strategische Kommission, eine beratende Kommission oder ein Befehlsorgan? Es ist eine Ansammlung von Pappkameraden, welche vorgeschoben werden, wenn sie benötigt werden, um danach wieder in der Schublade versorgt zu werden. Nun muss ich ein grosses "Mea culpa" anbringen an die KollegInnen meiner früheren Partei, den Grünen. Frau Tonon sah diese Entwicklung voraus. Ich kritisierte sie damals scharf und sagte, das Schulreglement sei gut. Heute muss ich mich bei ihr entschuldigen. Ich konnte mir damals einfach nicht vorstellen, dass so etwas in dieser Stadt passieren kann. Eine andere Schulleiterin, welche das Schulreglement auch mittrug, schrieb mir kürzlich nach einem Bildungsurlaub: "*Zurück bleibt aber auch einige Traurigkeit darüber, dass die Vorstellung, in Biel eine Schule selbstständig führen zu können, immer weiter in die*

*Ferne rückt, da die Behörden die Autonomie der Schule immer stärker einschränken und selber wieder Führungstätigkeiten übernehmen wollen. Sie decken uns mit Konzepten und einer immer zunehmenden Flut von Papier, Formalitäten und Sitzungen ein. Das nimmt viel positive Energie weg.*" Es geht um Ressourcen-Zuteilungen. In der Interpellation fragte ich, ob die "Filière bilingue" mehr Ressourcen erhalte als die in der Integrationspraxis arbeitenden anderen Schulen in Biel. Die Antwort war "wenig mehr". Das Bieler Tagblatt fand heraus, dass es sich um zwei Lektionen mehr handelt. Das nächste Mal mache ich meine Interpellation direkt beim Bieler Tagblatt. Die Bieler Lehrkräfte fielen fast um und ich erhielt wieder Briefe, ich zitiere nochmals: *"Ich unterrichte eine dritte Klasse in Mett, 80% der Kinder haben einen Migrationshintergrund. Jetzt soll ich auch noch eine Eritreerin ohne jegliche Deutschkenntnisse und mit grosser Leseschwäche integrieren. Das geht doch einfach nicht auf. Wir sollen hier unten den Integrationsartikel mit viel zu wenig Ressourcen umsetzen und oben nehmen sie uns die guten Schüler weg."* Ein Ratschlag: nun sollten die Multichecks der NeuntklässlerInnen angeschaut werden. 70% der Firmen verlangen diesen Multichcek, wenn sie Lehrstellen vergeben. Die Resultate der Bieler SchülerInnen sind in Französisch gut bis sehr gut, in Mathematik schlecht und in Deutsch oft miserabel. Es gibt in Biel also andere Prioritäten als die "Filière bilingue".

Vu que nous sommes dans un débat bilingue, permettez-moi de faire une remarque au Groupe socialiste. J'ai bien noté vos décisions prises, il y a deux semaines, à votre congrès à Lausanne. Je ne vous reproche pas ces positions. Ce que je vous reproche, c'est une certaine hypocrisie. Vous vous engagez pour les droits des migrants, vous défendez les principes de l'intégration et vous secouez le drapeau des chances de l'égalité. Ici, à Bienne, vous soutenez des réformes de la classe moyenne. La filière bilingue vise les enfants suisses maîtrisant une de nos langues nationales. Comme je l'ai dit, 60% de nos enfants biennois ont "un fond" de migration. La filière bilingue prive les écoles dans les quartiers ayant un grand taux de migration de bons élèves. Dans ces écoles, on va continuer d'absorber les cas difficiles, également les enfants des classes spéciales, tandis que les enfants suisses vont quitter ces écoles, en faveur du centre, pour rejoindre les classes bilingues. Ils vont également profiter des enseignants, qui recevront deux leçons de "soulagement". Où se trouvent ces écoles? Elles se trouvent au centre de la Ville, avec la "clientèle" de Beaumont, d'Évilard, là où la classe moyenne vit. Pour mon dernier mot, je cite Monsieur Claude Hirschi-Bonnemain, membre du parti socialiste: *"Ce dossier "Concept d'une filière bilingue" est un document qui défend l'aspect politique et structurel du projet, le contenu pédagogique y est inexistant."*

**Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture:** Tout à l'heure le Maire a dit, qu'une ville qui n'investissait pas dans l'avenir se condamnait à reculer. Dans le domaine de l'école, il s'agit également de développer un dynamisme nécessaire, pour répondre aux défis de l'actualité d'aujourd'hui et à ceux de demain. Depuis de nombreuses années, la question du bilinguisme dans les écoles est posée. Il y a vingt ans, des conseillères et conseillers de villes demandaient avec insistance l'introduction du bilinguisme dans les écoles enfantines. Cela avait été refusé, car on craignait que les enfants migrants en souffrent. Lorsque je suis arrivé dans mes fonctions, nous avons mené un projet pédagogique bilingue à Boujean. Il a démontré que l'enseignement par immersion aboutissait à des résultats positifs. D'autre part, les enfants migrants tiraient autant d'avantages, que les enfants germanophones ou francophones. Lorsque je parle des



enfants migrants, je pense aux enfants allophones. Depuis lors, nous avons chaque année augmenté le nombre de projets d'immersion, dans tous les collèges de la Ville. Les critiques entendues demandaient pourquoi il y a si peu de projets et pourquoi la procédure était si lente. Il y a toujours eu beaucoup de polémiques autour du bilinguisme dans les écoles. La dernière grande polémique, dont je me souviens, est lorsque des cours organisés par les conseils de parents avaient été supprimés. L'unanimité de la classe politique et de la presse jugeait cette décision arbitraire, mauvaise et contraire à l'esprit de la Ville de Bienne.

Aujourd'hui, il existe toujours plus de projets dans les écoles. Est-ce suffisant pour relever le défi d'une ville de Bienne bilingue, qui apportera demain aux élèves germanophones la porte d'entrée vers la langue française et aux élèves francophones, la porte d'entrée vers la langue allemande? Et lorsque je dis germanophones et francophones, je devrais préciser aux enfants intégrés dans les classes francophones ou dans les classes germanophones. Assurément, ce n'est pas le cas. Nous devons avoir une plus grande ambition pour cette Ville. Cette ambition est d'introduire l'enseignement bilingue, autant que le corps enseignant le veut et autant que la société le veut. C'est déjà le cas au niveau des gymnases. Lorsque les enseignants dynamiques et motivés ont commencé à parler de l'introduction d'une filière bilingue, ils ont voulu le faire à l'école secondaire. Mon opinion seule a freiné, car j'ai dit qu'une filière au niveau de l'école secondaire était de la ségrégation, parce les classes moyennes ou en tous les cas, les élèves doués à l'école seraient grandement favorisés.

Monsieur Pichard, dans le concept très soigneusement préparé, nous avons imaginé, qu'effectivement les classes de la filière bilingue devaient être tout à fait représentatives dans la population ordinaire. Le collège de la Plänke a été choisi parce que la population de ce quartier correspond absolument à une mixité, telle qu'on la trouve ailleurs. Il n'y a là pas de favoritisme de quartier. Imaginez ce que cela aurait donné si on avait choisi les Prés-Walker. Une consultation a d'abord été lancée et elle a été unanime. Les parents veulent une filière bilingue. L'état d'esprit au cours des vingt dernières années, chez les parents et dans la société, a complètement changé par rapport au bilinguisme. Il y a vingt ans, on se méfiait de l'apprentissage de l'autre langue. L'école était considérée comme la citadelle de la langue et du monolinguisme. L'école française devait garantir la pérennité de la communauté romande. L'école allemande devait faire en sorte qu'effectivement on s'intègre dans la langue allemande, mais que l'on ne communique surtout pas avec l'autre. Aujourd'hui, notre population a compris, que l'apprentissage de l'autre langue était nécessaire pour des raisons économiques et culturelles.

On nous a régulièrement reproché notre lenteur. C'est avec un petit sourire que j'entends les critiques nous parvenant maintenant, car dans toute cette lenteur, nous avons malgré tout réussi à lancer un projet-pilote. Nous nous sommes appuyés sur la Direction de l'instruction publique. Elle a mis des mois à se décider, en prouvant aussi que la majorité des parents francophones, germanophones et allophones souhaitaient ce projet et qu'il n'y avait pas de raison de l'en empêcher. Deux commissions scolaires stratégiques disent à l'unanimité qu'il faut commencer. Dans les deux commissions, une seule idée est exprimée avec force: pourquoi seulement maintenant et pourquoi seulement quatre classes? Au moment où le projet est lancé, quelques enseignants ne sont pas contents. La principale difficulté pour introduire le

bilinguisme à l'école, ce sont les enseignants. J'ai toute la compréhension du monde pour les craintes du corps enseignant, qui peut-être demain devra accueillir dans sa classe des élèves qui parlent une autre langue, qu'il ne maîtrise peut-être pas parfaitement. Cette difficulté doit être traitée avec la plus grande attention. Les enseignants doivent être impliqués dès le début dans des réflexions sur l'avenir du bilinguisme biennois.

Quand il s'agit d'un projet-pilote, qui concerne quatre classes, tous les enseignants de Bienne sont naturellement invités à venir en parler, mais seuls ceux qui sont intéressés viennent. Ils sont venus et ont approuvé ce projet. Ensuite, par étape, les directions d'écoles, les commissions d'école et la Direction de l'instruction publique sont consultées. Lorsque la décision est tombée, en hiver 2009, on s'est demandé, si on voulait encore attendre une année pour améliorer le projet. Mais, les parents n'auraient pas compris, que la Ville affirme, que l'introduction d'un projet-pilote n'était pas possible en six mois, alors que toutes les autorisations étaient disponibles. Monsieur Pichard me demande quel a été le rôle de la Commission scolaire. Effectivement, la Commission scolaire a approuvé un projet, dans lequel il était demandé, que les élèves aient participé durant un certain temps à une crèche ou à une structure d'accueil, afin de s'assurer qu'ils aient les rudiments de l'autre langue. Monsieur Pichard, nous avons reçu à ce sujet des protestations d'enseignants courroucés, qui disaient que nous faisons de la ségrégation, que seuls les enfants ayant fréquenté une crèche pourraient participer à la filière bilingue. C'était bien simple, pour nous de dire: "Mais non, nous ne voulons pas ça et si nous sommes si bien compris, nous supprimons cette clause, puisque de toute manière, ce sont les parents et les enseignants qui prendront ensemble des décisions individuelles, par rapport à ce choix de filière". La Commission d'école n'avait pas formulé ces vœux ainsi, mais la thématique avait naturellement été abordée à la Commission d'école. Lorsque je suis retourné à la Commission d'école, après le Conseil municipal, afin de dire la manière dont cela avait été décidé, personne n'a soulevé la moindre opposition, tant la décision était évidente. Que des questions aient été posées, que la discussion ait eu lieu, c'est bien naturel, mais tout le monde, à l'unanimité, a été très heureux de voir que ce projet allait être mis sur pied.

Lorsque l'on visite les classes, lorsqu'on vient à une conférence de presse, que l'on entend l'atmosphère et qu'ensuite on lit le Journal du Jura ou le Bund, on se rend compte qu'il se passe quelque chose à Bienne dans cette filière bilingue, puisque les enfants, le corps enseignant, les directions d'écoles et les parents sont contents. Quelque chose d'extraordinaire est en train de se passer. La filière bilingue va porter ses fruits et c'est très prometteur pour l'avenir. Naturellement, des questions se posent sur la composition sociale, sur les difficultés pédagogiques, sur la matière de détails, puisqu'un concept de détails pédagogiques n'avait pas été élaboré. Comment aurait-on pu le faire puisqu'il faut le faire concrètement sur place. C'est ce qui se passe jour après jour. Dès 2012, il faudra organiser des débats avec toutes les personnes concernées, afin de savoir si Bienne, demain, sera bilingue dans ses écoles ou ne le sera pas.

La Direction de la formation a misé sur l'avenir et nous savons, que des gens considèrent que la politique à Bienne est de dire que les autres font mal leur travail et qu'ils feraient mieux, s'ils étaient en place. Nous ne pouvons pas entendre ces voix et croyons en l'avenir de cette Ville avec ce projet bilingue. Il y a quinze ou vingt ans,

c'était possible de dire qu'il s'agissait d'un projet de luxe. Aujourd'hui, le bilinguisme ne peut plus être que pour les privilégiés, qui naissent dans des familles bilingues. Le bilinguisme doit être destiné aux enfants qui naissent dans des familles francophones monolingues, germanophones monolingues ou dans des familles parlant toutes les autres langues de la terre, puisque dans cette Ville, il faut maîtriser ou en tout cas comprendre le dialecte et l'allemand, respectivement le français, pour pouvoir progresser. Il y a des forces construisant l'avenir de l'école à Bienne et il y a des forces, qui au contraire expriment des voix négatives sur tous les canaux possibles et imaginables et qui cherchent à décrier les efforts faits. Notre devoir est de ne pas les écouter et de croire en cette Ville et en notre école. Je vous remercie de votre attention.

**Pichard Alain, Fraktion GLP:** Selbstverständlich hätte auch ich als Mittelstandsvater von mehreren guten Schülern grösste Freude an der "Filière bilingue" gehabt. Es ist keine Frage, dass sie an und für sich eine gute Sache ist. Eine Stadt wie das heutige Biel bringt das Konzept aber in eine schwierige Situation. Wenn ein Gemeinwesen einen Schulversuch lanciert, bedeutet dies eine Ausweitung des bestehenden Angebots. Bei 60% der Kinder mit Migrationshintergrund hat die Stadt andere Aufgaben. Wenn Herr Moeschler sagt, es sei ein repräsentatives Quartier ausgewählt worden, muss ich schmunzeln. Es wurde ja die Drittelslösung gewählt, das heisst ein Drittel Deutschsprachige, ein Drittel Französischsprachige und ein Drittel Anderssprachige. Herr Moeschler, gehen Sie einmal an eine Schule in Mett oder Madretsch. Dort gibt es keine einzige Schulklasse mehr, welche zwei Drittel aus Schweizerkinder besteht, es tut mir leid...

**Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture:** Monsieur Pichard, j'ai dit que la Direction de la formation avait voulu, que ces classes ne soient pas des classes de ségrégation. Si vous lisez et comprenez le texte, il est dit, qu'effectivement une mixité dans ces classes était souhaitée, qui correspond exactement à la moyenne de la société et cela a été le cas. Cela vous attriste-t-il, que nous y soyons parvenus? Il y a un tiers de francophones, un tiers de germanophones et un tiers d'allophones. Si vous connaissiez l'origine sociale de ces élèves, vous sauriez que cette prétention (qu'il s'agit d'élèves de la classe moyenne), est totalement ridicule. Nous avons cette préoccupation depuis le début. Il n'est pas possible de faire une filière de privilégiés et il faut avoir un projet-pilote, qui serve de base à une réflexion crédible sur l'ensemble de l'école biennoise. Ceci est réalisable, que si la base statistique est valable. Si ce projet s'adressait qu'à des élèves de la classe moyenne, comment serait-il possible ensuite de faire une évaluation et de tirer de quelconques leçons d'un tel projet pédagogique? Le projet pédagogique doit correspondre à la réalité vécue sur le terrain, pour ensuite servir de base à élargir la chose. Bien sûr me dites-vous, cette filière bilingue aurait pu être ouverte à Mâche, où les taux d'étrangers sont plus élevés. Cela aurait-il correspondu à une réalité moyenne? Mais non, la statistique c'est la moyenne et la moyenne est de 30% pour chaque catégorie. Nous y sommes totalement parvenus. C'est d'ailleurs un miracle d'avoir eu tant de familles allophones, tant de familles de tous les pays de la terre, y compris des enfants, qui ne savent ni le français ni l'allemand et ils se sont lancés dans cette filière bilingue. Jour après jour, les progrès de ces enfants sont observés. Des personnes, en particulier certains journalistes, se sont donnés la peine, lors de la conférence de presse, d'aller voir dans les classes. Je me réjouis véritablement de l'évaluation de ce projet et des discussions avec le corps enseignant. Nous verrons si

les opinions négatives l'emportent sur les opinions positives. Encore une fois, je crois que la Ville de Bienne est capable de relever des défis, qui permettront d'avancer et qui empêcheront de reculer.

**216. Postulat 20100083, Charlotte Garbani, Fraktion SP, "Tempo-30 im Zukunftsquartier"**

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

**Garbani Charlotte, PSR:** Tout d'abord, j'ai une petite réflexion à faire concernant le premier mot de la réponse. L'auteure est une femme, "auteure" prend un "e". C'est encore pire en allemand, "der Postulant". C'est peut-être étonnant pour certaines personnes, mais en 2010 les femmes ont le droit de vote et ont le droit de déposer des postulats au Conseil de ville! C'était juste une petite réflexion, car cela m'a choquée. Pour en revenir au contenu, je suis en grande partie satisfaite de la réponse pour plusieurs raisons. Souvent, dans les réponses du Conseil municipal, on joue un peu sur les mots. Je parle de sécurité et de vitesse à la rue de l'Avenir, où se trouvent une crèche, une école enfantine, etc. C'est une route de transit ou ça ne l'est pas! C'est égal le nom qu'on lui donne. Dans le fond, on arrive exactement à la même conclusion. Pour finir, on est d'accord sur le principe: l'idée de faire une zone à 30 km/h à cet endroit est judicieuse. Où je suis un peu perplexe, c'est concernant l'étude du bureau Buchhofer Barbe, qui à ma connaissance, se base sur des chiffres statistiques et non sur des enregistrements de passages de véhicules. Donc, on peut douter des chiffres. De plus, cette étude a été réalisée avant que le rond-point et le carrefour de la rue Centrale, rue de l'Argent, rue de Morat sois mis en place. Il y a beaucoup de choses qui ont changé à cet endroit. Je suis sûre, que les habitants du quartier le constatent, pour ma part c'est le cas. Il y a beaucoup plus de véhicules qui circulent à cet endroit qu'auparavant. Il est important de prendre les devants. Je suis contente que mon postulat soit accepté et que l'on étudie la faisabilité de l'introduction d'une zone 30. Au vu des reports de dossiers, j'espère que cela soit fait avant 40 ans, en tout cas plus rapidement que le trottoir du Lindenhof! Merci.

**Klopfenstein Hubert, Baudirektor:** Ich entschuldige mich für die männliche statt weibliche Form. Es stimmt schon, dass die neuen Verkehrsmassnahmen mit dem Kreisel Murtenstrasse und der Schliessung der Bahnhofstrasse zu einer Verlagerung der Verkehrsströme auf die Silbergasse und die Zukunftsstrasse führten. Diese wurden klar zu Transitstrassen. Eine Tempo-30-Zone würde daran aber nichts ändern. Es müssten flankierende Massnahmen geprüft werden. Erst wenn weniger Verkehr durch diese Strassen rollt, kann Tempo 30 umgesetzt werden. Ich mache nun einen Schwenker zu der Diskussion um den Mettlenweg, welche heute nicht geführt werden kann. Dort besteht das gleiche Problem. Es gibt viele Vorstösse, welche verlangen, den Mettlenweg in eine Tempo-30-Zone umzuwandeln. Dies allein nützt aber nichts. Der Durchgangsverkehr muss unterbunden werden. Deshalb wird der Mettlenweg nun geschlossen. Damit eine Tempo-30-Zone überhaupt funktioniert, muss vorgängig der Verkehr reduziert werden. Dies wird umgesetzt, jedoch nicht

heute und auch nicht morgen. Vielleicht wird dies erst mein Nachfolger oder meine Nachfolgerin in Angriff nehmen können.

**Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.**

**217. Dringliche Motion 20100213, GPK, "Bessere Abstimmung der Schnittstellen zwischen den Abteilungen Liegenschaften und Hochbau, bzw. zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen"**

(Text der dringlichen Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Der Gemeinderat beantragt, die dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

**Stöckli Schwarzen Heidi, GPK:** Im Namen der GPK danke ich dem Gemeinderat für die Antwort. Die GPK akzeptiert die Umwandlung in ein Postulat und sie ist zufrieden, dass der Gemeinderat das Postulat erheblich erklären will. In seiner Antwort sagt der Gemeinderat, dass erste Vorarbeiten bereits laufen. Er sagt aber auch, *"die Verantwortlichkeiten und Kompetenzen sind im Rahmen der anstehenden Verwaltungsreorganisation 2013 anzupassen, beziehungsweise zu klären."* Damit ist die GPK generell einverstanden. Es handelt sich um einen Prozess und es muss eines ums andere angeschaut werden. Es kann nicht alles auf einmal erledigt werden. Die GPK erinnert aber daran, dass sie nicht nur forderte, die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten zu klären. Vielmehr forderte sie auch eine bessere Kommunikation und eine bessere Koordination. Diese könnte bereits heute in Angriff genommen werden. Nur so gibt es keine solchen Vorfälle mehr wie beim Geschäft 20040462 Solothurnstrasse 1 / Rückbauten in Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz und der künftigen Umgestaltung der Taubenlochschlucht, 20090179 Burggasse 21, 27 und 29 / Vermietung an den Kanton Bern für Hochschule der Künste Bern HKB, 20090061 Projektierungskredit für die Sanierung der Kindertagesstätte Zukunft und anderen. Die GPK hält an ihrer Forderung fest. Der Kommunikations- und Informationsfluss soll nicht erst 2013 verbessert werden. Es gibt immer wieder Projekte mit Schnittstellenproblematik. Ich denke beispielsweise an ein Projekt, von welchem ich erstmals beim Zufahren Kenntnis erhielt. Ich fuhr von Bern nach Biel und hörte im benachbarten Abteil zwei Herren aus Bern eingehend über ein anstehendes Projekt diskutieren. Ich konnte eins und eins zusammenzählen und weiss, worum es ging. Es ist ganz wichtig, dass in diesem Projekt die Schnittstellen abgestimmt werden, da die Ausrichtung auf das übergeordnete Gesamtziel von grösster Bedeutung für die Stadt sein wird. Deshalb sind eine bessere Kommunikation und ein besserer Informationsfluss zwischen den Verantwortlichen bereits heute nötig und nicht erst 2013.

**Nicati Alain, PRR:** Il y a deux ou trois ans, j'ai été mangé avec des amis, membres du Grand Conseil. À ce moment-là, j'avais un peu oublié ce que faisait le Grand Conseil. Durant ce repas, mes amis ont discuté quel projet de loi il faudrait faire, afin de résoudre ce problème. C'est un peu le sentiment, que m'a donné la réponse du Conseil municipal. Il dit qu'il faut veiller sans retard à une meilleure harmonisation entre le Département des immeubles et le Département des constructions et il nous

donne une liste de considérations juridiques, qui se rapporte au problème. Avec cela, le Conseil municipal ne semble pas avoir tellement résolu la question. Si c'est mal coordonné, ce n'est pas un problème juridique, mais un problème d'ordres, que l'on donne aux personnes faisant le travail!

**Stöckli Hans, Finanzdirektor:** Ich danke der GPK, dass sie mit der Antwort des Gemeinderats einverstanden ist und die Umwandlung in ein Postulat akzeptiert. Herr Klopfenstein sagte vorhin zu mir, er könne in der Rede von Frau Stöckli nicht gemeint gewesen sein. Er fahre nicht Zug. (*Zwischenruf: es handelte sich ja auch um Externe!*) Herr Klopfenstein ist ja im Moment auch noch kein Externer (*Gelächter*). Offensichtlich wird über Biel auch in internationalen Zügen gesprochen. Für das Gelingen von grossen Projekten ist es selbstverständlich sehr wichtig, dass die Koordination stimmt. Ich erinnere mich, dass sich der Stadtrat auch schon schwer tat, wenn ihm in bester Koordination erarbeitete Projekte unterbreitet wurden bzw. an den nächsten Sitzungen unterbreitet werden. Eine gute Koordination hängt nicht nur von den Strukturen ab, sondern auch von Personen. Es ist deshalb wichtig, dass die Abteilungsleitenden über die Direktionen hinaus mit ihren KollegInnen zusammenarbeiten. Ich habe den Eindruck, dass dies im Moment gut läuft. Fehler, wie sie im Vorstoss beschrieben sind, sollten somit nicht mehr passieren. Die GPK akzeptiert, dass die Schnittstellen im Zuge der Strukturreform 2013 überprüft und geregelt werden müssen. Die Abteilung Liegenschaften wird den Status Quo bis nächsten Sommer aufrecht erhalten. Das heisst, einerseits ist der Stellvertreter für die Leitung verantwortlich, andererseits arbeitet Herr Schärrier weiterhin als Externer für die grossen Projekte. Mein Nachfolger oder meine Nachfolgerin soll das Recht haben, die wichtige Leitungsstelle bei der Abteilung Liegenschaft zu besetzen. Koordinationssitzungen finden in dieser Abteilung fast wöchentlich statt. Anders wären die grossen Projekte gar nicht realisierbar. Schnittstellenprobleme entstanden eher bei kleineren Projekten, welche auf Stufe Dienststelle zu realisieren waren. Dementsprechend muss nun darauf geachtet werden, dass die gute Zusammenarbeit, welche auf Direktionsstufe gepflegt wird, auch auf tiefere Hierarchiestufen übergreift. Bei der von der GPK erwähnten Kommunikationsproblematik gehe ich davon aus, dass damit die Kommunikation im Rahmen der Zusammenarbeit gemeint ist. Diese sollte tatsächlich weiter verbessert werden. Zweifellos wird dies Veränderungen mit sich bringen. Ich kann mir aber durchaus vorstellen, dass die Stadt eines Tages nur noch eine Stelle hat, welches sich um Um- und Hochbauten kümmert. So wurden in letzter Zeit grosse Projekte, welche eigentlich in die Verantwortlichkeit der Abteilung Liegenschaften fallen, von der Abteilung Hochbau betreut. Ein Beispiel dafür ist der Umbau der Burg. Das gleiche Vorgehen wird auch beim Palace zum Tragen kommen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass Projekte, welche architektonisches Wissen verlangen, von den Profis der Abteilung Hochbau geleitet werden sollten. Die Abteilung Liegenschaften sollte nur in Ausnahmefällen selber tätig werden. Die genaue Abgrenzung muss aber von meiner Nachfolgerin oder meinem Nachfolger vorgenommen werden. Ich bin jedoch überzeugt, dass hier noch Synergiepotenzial brach liegt. Die dringliche Motion der GPK geht absolut in die richtige Richtung. Ich empfehle, den Vorstoss als Postulat erheblich zu erklären.

**Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.**

**218. Interpellation 20100113, Christoph Grupp, Grüne Biel, "Pfortnerhaus Stadtpark"**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

**Grupp Christoph, Grüne Biel:** Ich bin von der Antwort des Gemeinderats befriedigt und bedanke mich dafür. In meiner Interpellation listete ich Fragen auf, die sich auch die Quartierbevölkerung stellt. Diese sieht das Pfortnerhaus seit Jahren langsam zerfallen. Eine Zeit lang wurde es noch von der Stadtgärtnerei als Unterstand benutzt, ich weiss nicht, ob das heute immer noch der Fall ist. Jedenfalls herrscht das Gefühl vor, dass es ums Pfortnerhaus immer schlechter steht. An und für sich handelt es sich um ein schützenswertes Gebäude, was der Gemeinderat in seiner Antwort bestätigt.

Aus der Antwort muss ich ferner schliessen, dass eine Nutzung zum Beispiel durch einen Quartierverein nicht zonenkonform wäre, da eine solche Nutzung nicht bildungsorientiert ist. Habe ich das richtig interpretiert? Wenn ja, stellt sich die Frage, ob eine Zonenplanänderung notwendig wäre, wenn das Haus neu genutzt werden soll. Ich ging die lange Liste der Investitionsplanung durch und konnte kein Projekt Pfortnerhaus finden, obschon ein solches in der Antwort erwähnt wird. Vielleicht hatte ich einfach nicht genügend Anhänge zur Investitionsplanung, um es finden zu können. Die Antwort des Gemeinderates verbinde ich mit der Hoffnung, dass es nun vorwärts geht. Gefragt wären sicher auch die Quartierorganisationen. Eine Tür wurde vom Gemeinderat ein wenig geöffnet, indem er sich bereit erklärt, gute Projekte anzuschauen. Dies leitete ich bereits an die Quartierleiste weiter. Die Frage ist nun, ob es eine genügend potente Gruppierung gibt, welche für dieses städtische Projekt als Partnerin fungieren könnte.

**Stöckli Schwarzen Heidi, SP:** Vor Jahren gehörte ich zur Gruppe, welche sich mit dem Kindergartenprojekt im Pfortnerhaus auseinandersetzte. Schon damals war erkennbar, in welchem schlechtem Zustand das Gebäude ist und dass eine Sanierung zunehmend mehr kosten würde, wenn mit der Sanierung weiterhin zugewartet wird. Ich habe den Eindruck, dass der Gemeinderat seit Jahren nichts unternimmt, um das Gebäude zu schützen. Eines Tages wird das Haus ganz auseinanderfallen. Es stellt sich die Frage, wie lange noch zugewartet werden soll. Eine Sanierung wird immer teurer. Die Idee mit dem Quartierverein ist schön, ich denke aber, dass die Renovation des Pfortnerhauses so teuer werden wird, dass es sich die Stadt nicht leisten kann, über eine spätere Vermietung nur kleine oder gar keine Einnahmen zu generieren. Die Ausnahme könnte ein Projekt sein, von welchem die ganze Stadt stark profitiert. Bisher wurden keine guten Lösungen präsentiert. Ich selber sehe auch keine. Es muss nun einfach diskutiert werden, ob das Pfortnerhaus vergammeln, oder ob die Stadt etwas dagegen unternehmen soll.

**Stöckli Hans, Finanzdirektor:** Ich gehe davon aus, dass alle damit einverstanden sind, dass der Stadtpark ein Bijou geworden ist. Die Stadt investierte mehrere Millionen in dessen Aufwertung. Ich kenne dort jeden Strauch. Als ich einmal unter einem Baum unsere Katze suchte und meine Frau dabei war, wurde ich von der Polizei angehalten, die meinte, ich stelle meiner Frau nach! Ich kenne den Stadtpark

also bestens. Ich bedauere, dass das Pförtnerhaus nicht in das Stadtparkprojekt integriert werden konnte. Dies liegt klar daran, dass niemand eine durchschlagende Idee hat, wie es genutzt werden könnte. Als es für unglaublich viel Geld in einen Kindergarten hätte umgebaut werden sollen, musste festgestellt werden, dass an dieser Stelle kein Kindergarten gebraucht wird. Die Kindergärten werden heute immer mehr in die Schulhäuser integriert. Deshalb bin ich froh, dass diese Investition von mehreren Millionen nicht getätigt wurde. Seither fehlt aber eine zündende Idee. Es gab Ideen, ein Café einzurichten. Das Risiko wurde aber als zu hoch eingeschätzt, denn es ist ungewiss, ob ein solches Café wirtschaftlich geführt werden könnte. Eine Künstlerin wollte ein Atelier einrichten, was ich eine gute Idee fand. Die jetzige Zonenordnung lässt dies aber nicht zu. Es handelt sich um eine Zone für öffentliche Nutzung, das heisst, das Haus kann nur für öffentliche Belange genutzt werden. Wenn das Haus für andere Zwecke benutzt werden sollte, wäre wohl eine Volksabstimmung für die Umzonung nötig. Bevor dieser Weg begangen wird, muss klar sein, wie das Gebäude inskünftig genutzt werden soll. Allein für den Erhalt des Gebäudes entstehen aufgrund denkmalpflegerischer Mehraufwände Kosten von über CHF 0,5 Mio.. Ich war etliche Male mit verschiedenen Leuten vor Ort, aber es fehlen zündende Ideen. Ich sprach auch schon mit den Leuten aus dem Quartier. Wenn die Stadt das Gebäude renovieren würde, müsste dessen Nutzung entsprechend abgegolten werden. Das Problem ist, dass alle hoffen, die anderen bezahlen. Vor einigen Jahren erbt die Stadt die Krippe Bubenberg. Eine sehr kostspielige Sache. Der Gemeinderat hatte die Hoffnung, dass im Kontext dieser Krippe eine Lösung auch für das Pförtnerhaus gefunden werden könnte. Leider war dies bis jetzt aber noch nicht möglich. Ich bin jedoch sicher, dass irgendeinmal eine gute Lösung auf den Tisch kommen wird. Den momentanen Zustand bedaure ich. Er mindert die durch die Sanierung erreichte Qualität des Stadtparks. Es ist klar, dass das Gebäude saniert werden muss. Bei der angespannten Finanzlage der Stadt ist dies jedoch nicht ohne Not möglich.

**Stöckli Schwarzen Heidi, SP:** Es geht um mehr als CHF 0,5 Mio. denkmalpflegerischen Aufwand. Das Gebäude fällt praktisch auseinander. Am meisten Geld kostet es, dieses wieder in einen stabilen und brauchbaren Zustand zu bringen. Der Stadtrat hat nun gehört, wo das Problem liegt: es muss eine wirtschaftlich sinnvolle Lösung gefunden werden. Deshalb rufe ich alle Anwesenden auf, kreativ zu sein und mitzudenken. Vielleicht könnte auch das Bieler Büro BrainStore eine schlaue Idee entwickeln.

## **219. Interpellation 20100112, Christoph Grupp, Grüne Biel, "30er Zone Bubenberg"**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 7)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

**Grupp Christoph, Grüne Biel:** Im Gegensatz zur vorigen Interpellation bin ich mit dieser Antwort nicht zufrieden. An und für sich steigt der Gemeinderat positiv in die Beantwortung ein. Er unterstützt das Anliegen, sagt aber dann, ohne ein Gesamtkonzept könne nichts unternommen werden. Eine solche Zone müsse in das



Gesamtkonzept der Innenstadt eingegliedert sein. Zudem seien flankierende Verkehrsmassnahmen nötig. Langsam ist das für mich nur noch ein leerer Spruch. Wenn der Gemeinderat nicht will, schiebt er im Verkehrsbereich gerne die flankierenden Massnahmen vor. Zurzeit ist ja noch ein anderer Vorstoss zu diesem Thema hängig. Die Eröffnung der A5-Verbindung vom Bözingenfeld zum Anschluss Brüggmoos steht schon bald an. Es wäre nun an der Zeit, dem Stadtrat endlich die eine oder andere flankierende Massnahme vorzustellen. Das in der Interpellation vorgebrachte Anliegen ist an und für sich ein kleines. Es handelt sich um eine Strasse, die zur Hälfte eine Tempo-30-Zone ist und zur anderen Hälfte nicht. Ich verstehe nicht, weshalb die Tempo-30-Zone nicht verlängert werden kann. Ich gehe regelmässig durch die Bubenbergstrasse. Es sind viele Kinder unterwegs, die in die Krippe gebracht werden. Zurzeit hat es zusätzlich eine Baustelle und Lastwagen parkieren zum Teil auf dem Trottoir. Es gibt Suchverkehr. Heute habe ich erfahren, dass dieser nicht zu unterbinden ist. Auch der Eingang zum Stadtpark liegt auf Seite Bubenbergstrasse und dort sind ebenfalls häufig Fahrzeuge parkiert. Die Situation ist völlig unübersichtlich. Mit einer Tempo-30-Zone könnten diese Gefahrenherde entschärft werden.

**220. Dringliche überparteiliche Motion 20100231, Stefan Kaufmann, Forum Biel/Bienne, Max Wiher, Fraktion GLP, "Moratorium für neue Stellen in der Stadtverwaltung bis ende 2012"**

(Text der dringlichen überparteilichen Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 8)

Der Gemeinderat beantragt, die dringliche überparteiliche Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

**Kaufmann Stefan, FDP:** Von der Antwort des Gemeinderats war ich nicht überrascht. Ich möchte etwas sagen zur Vorgeschichte dieser Motion. Die Motionäre wurden von Angestellten der Stadt kontaktiert, welche anregten, die Schaffung von ständigen Stellen müsse aufhören. Jede neue Stelle gefährde bestehende Stellen. Die Motionäre erachteten es als gefährlich, Personen für Stellen anzustellen, die mit der Strukturreform 2013 vielleicht wegfallen. Die Antwort des Gemeinderats erinnerte mich daran, dass es bald Winter ist und wieder Slalom gefahren werden kann. Auf der einen Seite begrüsst der Gemeinderat die Zielsetzung des Vorstosses, nur um dann sofort zu erklären, dass er aus juristischen Gründen nicht als Motion eingereicht werden kann. Er müsse in ein Postulat umgewandelt werden. Dies ist nachvollziehbar. Der Gemeinderat sagt im Weiteren, dass er die Motion so versteht, dass er auf sein Antragsrecht für Stellenschaffungen verzichten soll. Das wäre eigentlich der Sinn des Vorstosses gewesen. Der Gemeinderat erklärt aber, dass er dies nicht wolle. Der Ball wird dem Parlament zugespielt. Am Schluss der Beantwortung heisst es, der Gemeinderat wolle im Rahmen der Finanzstrategie handeln. Ich fragte mich, was eigentlich gilt. Es geht mir ähnlich wie beim Budget: Mit der Finanzstrategie wird eine Richtung aufgezeigt, aber die darauffolgende Handlung ist nicht kongruent. Als ich vorhin hörte, der Wille sei da, im Juni seriös und konsequent über Stellenschaffungen und Einsparungen zu diskutieren, kommt mir ein Erfolgsmotto in den Sinn: "Tue es und tue es jetzt." Nicht nächstes Jahr und auch

nicht übernächstes. In der Finanzstrategie steht, der Stellenetat soll auf dem Stand von 2010 fixiert werden. In dem Fall müssen die jetzt geschaffenen Stellen schon bald wieder gestrichen werden. Grundsätzlich kann ich mit der Umwandlung in ein Postulat leben. Ich habe aber keine Ahnung, ob es erfüllt ist oder nicht. **Deshalb ziehen die Motionäre die Motion zurück.**

**221. Dringliche Interpellation 20100255, Christoph Grupp, Grüne Biel, "Wie weiter mit dem "Alkitreff"?"**

(Text der dringlichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 9)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

**Grupp Christoph, Grüne Biel:** Meine Interpellation lautet "Wie weiter mit dem Alkitreff?". Mit der Antwort des Gemeinderats bin ich nicht zufrieden. Während über sieben Jahren wurde das Provisorium vom Gemeinderat geduldet. Die Situation war klar illegal, daran gibt es nichts zu rütteln. Sie eskalierte aber offenbar diesen Sommer. Aufgrund verschiedenster Ereignisse und Reaktionen traten Spannungen auf und es konnte so nicht mehr weitergehen. Dies ist nicht weiter verwunderlich. Es wurde Leuten im weitgehend selbstverwalteten Alkitreff eine Verantwortung übergeben, welche diese über die Zeit nicht tragen konnten. Schwerer als die baulich unzulängliche Situation wiegen die sozialen Unterlassungen des Gemeinderats. Es dauerte bis letzten September, bis der Gemeinderat einschritt. In der Antwort des Gemeinderats steht: *"Trotz den Bemühungen der zuständigen Dienststellen konnte bis anhin kein definitiver und dem Gesetz entsprechender Ersatzort gefunden werden."* Ich bin der Meinung, es sollte nicht "konnte nicht" heissen, sondern "wollte nicht". Auch auf gerichtlichen Druck hin musste dann diesen September etwas geschehen. Genau auf den Winter hin wurde der Alkitreff geschlossen, ohne dass eine Alternative ins Auge gefasst wurde und ohne weitere Hilfeleistung. Ich finde ein solches Vorgehen unmenschlich. Ich teile die Einschätzung des Gemeinderats nicht, die Stadt sei nicht verantwortlich. Klar ist es nicht Aufgabe einer Stadt, den Alkoholismus zu fördern. Diese Optik wirkt auf mich aber zynisch. Es ist aber sehr wohl Aufgabe einer Stadt, zu ihren BewohnerInnen zu schauen, insbesondere zu den schwächeren, und sie präventiv zu begleiten. Das wäre möglich, zum Beispiel in einem Alkistübli wie es die Stadt Bern betreibt. In der Antwort des Gemeinderats wird ein Konzept in Aussicht gestellt, welches diesen Winter die Drogensituation der Stadt global analysieren soll. Grundsätzlich ist dies zu begrüßen. Wenn aber ein solches Konzept bereits früher erarbeitet worden wäre, wäre es nicht zu der Situation gekommen, dass der Alkitreff geschlossen werden muss, ohne dass eine Anschlusslösung vorliegt. Zurzeit gibt es nicht einmal ein Provisorium. Irgendeinmal wird dann vielleicht ein Konzept erstellt, bei welchem noch nicht so klar sein wird, worauf es hinausläuft. Ich möchte auf die Nationalfonds-Studie aus dem Jahr 2008 hinweisen, in welcher aufgezeigt wird, wie mit Alkitreffs und ähnlichen Standorten schweizweit verfahren wird und welches gute Lösungen sind. Der Best Practice-Ansatz wurde ebenfalls untersucht. Die Studie, welche ich übrigens innerhalb von 10 Minuten auf dem Internet fand, weist unter anderem darauf hin, dass Alkoholranke nicht am gleichen Standort betreut werden sollten wie Konsumenten von harten

Drogen. Dass in der Antwort des Gemeinderats aufs Yucca verwiesen wird, erstaunt mich daher sehr. Ich ging davon aus, dass die Spezialisten der Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion die erwähnten Sachverhalte kennen.

Wo steht die Stadt heute? Mehr aus glücklicher Fügung denn aus weiser Voraussicht entwickelte sich die Situation tatsächlich weniger negativ als zu befürchten war. Offenbar fand ein grosser Teil der Personen, die sich im Alkitreff trafen, einen Unterschlupf hinter dem Dürüm Büfett am Bahnhof. Dies scheint nicht schlecht zu funktionieren, so lange der Wirt mitmacht. Sogar einzelne positive Rückmeldungen waren zu vernehmen. Einige sagen, sie würden jetzt weniger Alkohol konsumieren, da er im Dürüm Büfett teurer sei als früher im Alkitreff. Es wäre also sogar ein kleines Happy End möglich gewesen. Meine Frage ist jetzt: gibt es einen Plan, falls die Situation beim Dürüm Büfett entgleist? Wird sich die Stadt dann wieder nur auf Konzepte beschränken oder steht irgendetwas Griffiges zur Umsetzung bereit? Es war zu vernehmen, dass zumindest eine Übergangslösung mit einem Container vorhanden sei. Diese wurde aber vom Gemeinderat nicht in Erwägung gezogen. Ich möchte wissen, ob bei einer allfälligen Eskalation eine solche Lösung rasch realisiert werden könnte, oder ob es wieder drei Gemeinderatssitzungen braucht, um zu einem Schluss zu gelangen.

**Sermet-Nicolet Béatrice, au nom du Groupe socialiste:** Comme Monsieur Grupp, le Groupe socialiste est très préoccupé par la situation de ces personnes en détresse, dépendantes de l'alcool, se réunissant régulièrement dans différents endroits à Bienne ou ailleurs en Suisse romande et alémanique. En peu de temps, je me suis procuré l'étude d'Addiction Info Suisse sur la situation qui prévaut dans quelques villes de Suisse, en 11 points différents. Ici, j'aimerais rappeler autre chose. La fermeture de l'Alkitreff a certainement suscité un certain malaise parmi la population et les élus politiques. Toutefois, il est important de rappeler, que cette question concerne non seulement la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture mais également la Direction de la sécurité et la Direction des travaux publics. Dans sa réponse, le Conseil municipal renonce à reproduire le modèle de l'Alkitreff, tel qu'il a été en place jusqu'à récemment. Il propose, suite à un rapport d'expert, une réflexion ou en tout cas, une solution globale. Ce rapport d'expert est annoncé. Il traitera certainement de la situation de ces personnes de manière plus large, que ne peut l'offrir un Alkitreff, tel qu'il a été mis en place récemment. La Ville de Berne a connu le même débat depuis 2007. Elle a mis en place un Alkistübli, dont vous avez peut-être entendu parler. J'aimerais dire que cet Alkistübli, les romands me pardonneront ce terme, est le fruit d'une réflexion globale et qu'il comprend différentes composantes. Il ne s'agit pas seulement de proposer un lieu de réunion, mais un accompagnement, une structure et un encadrement bien plus important. Il convient aussi de rappeler, que les personnes qui fréquentaient l'Alkitreff ne sont pas sans toit ni loi, ni soutien, mais qu'elles sont déjà prises en charge par des services compétents de notre Ville. Il est faux de dire, qu'elles sont complètement livrées à elles-mêmes. Par conséquent, ce rapport d'expert attendu, permettra peut-être de savoir, si éventuellement un co-financement par le Canton, voir par d'autres organes, serait possible, pour un projet plus ambitieux, plus durable et de même si d'autres organes expérimentés dans ce domaine tels qu'Addiction Info Suisse, la Croix-Bleue ou Santé bernoise pourraient y être associés. C'est donc précisément, car le Groupe socialiste n'est pas du tout indifférent à la détresse des personnes concernées, que

nous appuyons la réponse du Conseil municipal. Nous attendons bien entendu ce rapport d'expert. Je vous remercie de votre attention.

**Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture:** La politique sociale est toujours prise, d'une part entre la générosité, de d'autre part par la volonté d'agir. Pour agir, il faut définir le champ d'action et il faut se fixer des objectifs. Longtemps, dans notre Ville, en matière de politique sociale, nous avons fonctionné de manière empirique. Cela a toujours été généreux et bien intentionné. Comme notre Ville pouvait se le permettre, cela a toujours correspondu aux moyens, que la Ville voulait mettre à disposition. Je voudrais remercier mon prédécesseur, Monsieur Klopfenstein, d'avoir identifié le problème et d'avoir proposé cette solution. Cette solution était l'Alkitreff et a rendu de bons services, durant six ou sept ans. Aujourd'hui, cette solution ne va plus. On a pu constater, que ce qui allait il y a sept ans ne va plus aujourd'hui. Durant de nombreuses années, l'Alkitreff a pu être géré de manière autonome et on a pu compter sur des assistant(e)s sociaux, allant régulièrement rendre visite aux personnes. Durant de nombreuses années, on a pu compter sur une certaine tolérance de la part des pouvoirs juridiques et policiers, par rapport aux droits des constructions. Tout cela n'existe plus. Année après année, j'ai convoqué mes collègues pour leur dire, qu'il y avait un problème, qui se posait par rapport à la localisation de l'Alkitreff. Jamais une proposition concrète n'a été faite concernant un endroit pour l'Alkitreff. Cette année, le concept de l'autogestion d'un Alkitreff, qui ne fonctionne pas, s'ajoute à la question du site. Effectivement, la tâche des pouvoirs publics, qui est au centre de l'action sociale, est la prévention et non pas la générosité ou le laxisme. Avoir un lieu de rencontre pour des personnes souhaitant se rencontrer et pour passer un bon moment, c'est bien. Il y a beaucoup de bistrots et de lieux pour cela. Comme l'a dit Monsieur Grupp, le devoir des pouvoirs publics n'est pas de financer un lieu, où le but est surtout de s'entretenir les uns les autres en toute amitié et consommer de l'alcool meilleur marché qu'ailleurs. Si les pouvoirs publics veulent intervenir en matière de consommation d'alcool, ils doivent définir un concept, qui ne s'adresse pas seulement aux 10, 20, 25 personnes qui errent entre la Gare et le Centre des médias, mais à toutes les personnes, qui sont dans la rue et sur l'Aire de l'usine à gaz et qui vivent la même situation. Il faut les inviter à venir à un endroit, où ils obtiennent davantage, que simplement de l'alcool bon marché!

La Ville de Berne a été citée comme exemple. C'est un exemple fantastique. Je voudrais juste signaler, que cela coûte 500'000 fr. par année. J'ai cru comprendre, que d'ici le mois de juin 2011, le Conseil de ville allait réfléchir à la stratégie financière. Je me réjouis de voir comment vous allez situer un tel projet dans la stratégie financière. Je peux vous dire d'avance, que le Canton n'est pas du tout intéressé à admettre cela dans la répartition des charges. Vous me dites, qu'un concept ne sert à rien. Durant des années, des projets ont été réalisés, au coup par coup, sans concept. Nous avons un gros problème avec le Yucca. Ce projet est considéré partout en Suisse comme un modèle. Allez demander à la population du quartier si c'est un modèle! Demandez aux investisseurs de l'Aire Gassmann, s'ils trouvent que c'est une bonne idée! Le problème est, que ce projet ne correspond pas à un concept global. Si j'ai enfin eu l'idée de lancer un concept, pour donner corps à une politique des drogues légales et illégales, qui ne réinvente pas ce que d'autres au niveau fédéral et cantonal ont inventé, mais un concept qui cherche à voir comment ces concepts cantonaux et nationaux s'appliquent chez nous. Si j'ai lancé cela, c'est

pour qu'enfin on réfléchisse de manière structurée, complète et globale, afin de faire en sorte que cela s'adresse à tous.

Vous avez dit qu'on ne met pas les alcooliques avec les drogués. Des experts prétendent exactement le contraire. Essayons de voir ce qui se passe concrètement sur le terrain. J'ai eu l'audace de dire, que la fermeture de l'Alkitreff pouvait être une chance et une coupure, puisque s'il s'agit de reconstruire quelque chose d'autre, correspondant mieux à une véritable politique de la Ville. Il vaut mieux le faire en faisant table rase, en ayant une situation nette, plutôt qu'en devant gérer des institutions existantes, qui ne donnent pas satisfaction. Les conditions pour une nouvelle politique municipale en matière de drogues légales et illégales sont mieux assurées en l'absence de l'Alkitreff qu'avec l'Alkitreff. J'essaie de positiver et évidemment je suis triste, tout comme vous, que nous ayons dû le fermer si abruptement. Le préfet n'a pas pu décider autre chose car une plainte avait été déposée. Malheureusement entre cette fermeture et nos réflexions, il y a une lacune, que nous essayerons d'utiliser positivement et de la meilleure manière.

Monsieur Grupp, je vous remercie d'avoir fait vos remarques. Ce sont des remarques critiques et j'essaierai d'en tenir compte. Je voudrais dire, par rapport à la générosité qui vous anime et comme l'a dit Madame Sermet, ces personnes ne sont pas sans abri. Elles sont aidées par l'aide sociale et peuvent, comme vous et moi, circuler en Ville et avoir recours à tous les services de la Ville. Vous avez aussi dit, que d'aller dans un bistrot coûte un peu plus cher. Notre souci est de faire en sorte, que même si l'alcoolisme est une maladie, dont de nombreuses personnes souffrent, que les gens boivent un peu moins. La contrainte économique est une contrainte comme une autre. Je suis d'accord, qu'un accompagnement est nécessaire et souhaitable. Nous verrons ce que nous pouvons faire, dès que nous saurons comment s'adresser à tous les personnes atteintes de cette maladie et par cette situation sociale difficile et non pas seulement à un groupe particulier, qui se situe entre la Gare et le Centre des médias.

## **222. Dringliche Interpellation 20100254, Peter Moser, FDP, "Wie weiter auf dem Bahnhofplatz?"**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 10)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

**Kaufmann Stefan, FDP:** Der Interpellant ist von der Antwort befriedigt und verzichtet auf eine weitere Wortmeldung.

**223. Interpellation 20100155, Daniel Suter, PRR, "Nachtlokale: Überschreiten der Öffnungszeiten"**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 11)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

**Suter Daniel, PRR:** C'est l'heure où l'on arrive en boîtes de nuit! Je remercie le Conseil municipal de sa réponse. Elle contient des éléments satisfaisants, notamment lorsqu'il s'agit de constater, qu'une nuit nocturne riche et variée, dans une ville comme Bienne, est quelque chose de souhaitable d'une part et d'autre part, qu'un habitat de qualité est tout aussi souhaitable. Il s'agit donc de concilier les deux utilisations. Nous voyons qu'il y a une volonté de travailler à cette tâche (point 4 de la réponse), par la coordination de toutes les instances impliquées, notamment en prenant en considération des mesures de circulation autour de ces établissements. Le point central, l'idée de l'interpellation est d'envisager un changement de paradigme, dans la mesure où l'implantation des boîtes de nuit constitue pour l'essentiel une question d'urbanisme. C'est là le premier bémol vis-à-vis de cette réponse. Je constate, qu'il manque un co-rapport du Département de l'urbanisme. Il m'aurait semblé utile dans ce contexte. Finalement, si je prends la réponse à la question 3, on considère comme non envisageable de prévoir comme nouveau critère dans les nouveaux critères de plans de zone d'affectation la notion de boîtes de nuit ou de prolongation de l'horaire, en revanche il serait envisageable et judicieux, de définir des zones au moyen d'une carte. Cette carte aurait un caractère contraignant. Elle pourrait devenir plan de zone, avec l'avantage d'avoir des îlots, des parties de ville prévues, réservées, définies et destinées à la vie nocturnes et d'autres ailleurs, qui profiteraient d'une protection accrue. Il faudrait travailler à l'établissement de cette carte. Dans ce sens, la réponse contient des éléments satisfaisants, mais je suis étonné, que le Département de l'urbanisme n'ait pas eu droit à la parole. L'idée reste en une carte non contraignante, alors qu'on pourrait envisager de définir cela d'une manière plus contraignante. J'attends la réponse du Conseil municipal, avant de me prononcer sur ma satisfaction.

**Schwicker Barbara, Sicherheitsdirektorin:** Es stimmt, dass die vorliegende Antwort einzig von der Sicherheitsdirektion verfasst wurde. Es gab keinen Mitbericht der Baudirektion. Die in der Interpellation beschriebene Problematik, welche die Sicherheitsdirektion gut kennt, soll mit der erwähnten Karte auf pragmatische Art und Weise gelöst werden. Im Moment werden neue Richtlinien erarbeitet, welche festhalten, in welchen Gebieten Öffnungszeiten bis 5.00 Uhr morgens möglich sein sollen. Diese Gebiete sollen restriktiver gehandhabt werden, damit in Zukunft weniger Nutzungskonflikte auftreten. Das vorhandene Konzept erwies sich in den letzten Jahren als gute Grundlage und es soll weiterhin Gültigkeit haben. Gerne gebe ich der Baudirektion das Wort, damit sie die Ausführungen zum Planungsrechtlichen noch mündlich abgeben kann.

**Klopfenstein Hubert, Baudirektor:** Die Baudirektion klärte mit dem Statthalter ab, ob in Biel besondere Zonen ausgeschieden werden könnten für eine "After-hour-Nutzung". Dabei stand das Zentrum mit Alexander-Schöni-Strasse, Kontrollstrasse und Bermudadreieck zur Diskussion. 2006 wurde vom Volk eine Zonenplanänderung in diesem Gebiet beschlossen. Diese kann nun nicht einfach so abgeändert werden.

Zudem soll die Innenstadt attraktiver werden zum Wohnen. Eine "Nightclub-Zone" steht im Widerspruch zu diesen Absichten. Deshalb hat die Baudirektion gewisse Bedenken gegenüber einer besonderen "After-hour-Zone". Allenfalls wäre an einem anderen Ort, beispielsweise im Bözingenfeld, eine solche Zone möglich. Ob das Publikum aber dorthin gehen würde, ist eine andere Frage. Die Baudirektion hat das Thema andiskutiert, äussert sich aber zurzeit sehr zurückhaltend. Ein wichtiger Faktor ist, wie gesagt, die Planbeständigkeit.

#### **224. Interpellation 20100154, Claire Magnin / Pablo Donzé, Grüne Biel, "Berufslehre für Papierlose"**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 12)

Die Interpellantin und der Interpellant sind von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

**Magnin Claire, Les Verts Bienne:** Je remercie le Conseil municipal de sa réponse. Lorsque j'ai déposé cette interpellation, il y avait une discussion au niveau national, concernant la formation professionnelle duale des jeunes "sans-papiers". Le Conseil national et le Conseil des États ont accepté une motion de Luc Barthassat de Genève. Le débat a pu être lancé, car les villes de Lausanne et Genève ont eu, en quelque sorte, le courage de braver l'ire des législateurs et de proposer d'engager, en tant que municipalité, des jeunes "sans-papiers". Actuellement la situation est à nouveau bloquée, suite à la sortie des radicaux de la Commission de politique extérieure du Conseil national et ayant refusé de s'occuper de cette motion votée. Il faudra voir ce qui va se passer. Peut-être faudra-t-il que d'autres villes aient à nouveau le courage politique, de remettre la situation des jeunes "sans-papiers" sur le tapis. C'est une question de justice élémentaire. Les enfants n'ont pas à payer les dettes et les décisions des leurs parents. C'est exactement ce qui se passe avec la situation des jeunes "sans-papiers". Ils ne sont, en aucun cas, responsables de leur situation d'illégalité. Ils en subissent toutes les conséquences et ceci n'est pas juste. Le refus du droit à une formation ne va pas améliorer leur situation et cela risque d'entraîner encore plus de problèmes pour eux et la société. Dans tous les cas, les personnes ayant une formation sont dans une meilleure position pour trouver une issue à leur situation.

Concernant la réponse du Conseil municipal, la question de la 10<sup>ème</sup> année pose problème. Le Conseil municipal dit qu'une intervention auprès du Canton n'aurait pas d'effet. Je demande au Conseil municipal d'argumenter cette réponse, car les autres écoles cantonales ne demandent pas de déposer les papiers. La 10<sup>ème</sup> année serait une solution (même si elle est intermédiaire) et un droit pour ces jeunes. Les jeunes doivent déposer leurs papiers, donc les portes de la 10<sup>ème</sup> année leurs sont fermées. Pourquoi le Conseil municipal pense-t-il qu'une intervention n'aurait pas d'effet?

Le Conseil municipal dit très également, qu'il n'allait pas favoriser les "sans-papiers", au détriment des autres apprentis. Je ne demande pas que l'on favorise les "sans-papiers", si dans un avenir proche, la situation trouvait une solution. Je ne demande pas que la Ville de Bienne fasse des privilégiés. C'est comme la question

des femmes, à compétences égales, on engage un "sans-papiers". Il s'agit de donner des messages importants sur la manière dont la Ville veut traiter ces jeunes. Ce serait une manière pour la Ville de montrer son attachement à la justice. Pour finir, j'entends bien que le Conseil municipal cherchera à aider ces jeunes, s'il était interpellé. Je vous remercie de votre attention.

**Tanner Anna, Fraktion SP:** Die Fraktion SP findet die Fragestellung dieser Interpellation sehr wichtig und unterstützt sie in den Grundanliegen. Leider hat sich die Lage auf nationaler Ebene verändert. Somit schwinden die Chancen der Forderung, auch Lehrstellen für "Sans-papiers" anzubieten. Unter diesen Umständen wird Ziffer 4 der Interpellation sehr wichtig. Sollte nun auf nationaler Ebene doch nichts passieren, muss unbedingt auf Gemeinde- oder auf kantonaler Ebene mittels einer Intervention nachgehakt werden.

**Fischer Pascal, Die Eidgenossen:** "Sans-papiers" sind Leute, die keinen Namen haben und eigentlich gar nicht da sind. Wenn jemand da ist, weiss er zumindest seinen Namen und woher er kommt. Das wissen wir alle ja auch. Wie soll jemandem eine Berufslehre ermöglicht werden, der gar nicht da ist? Meistens sind "Sans-papiers" AsylbewerberInnen oder ImmigrantInnen, welche versuchen, auf irgendeinem Weg illegal in ein Drittland einzureisen. Sie vernichten ihre Papiere, damit dem illegal betretenen Land keine Möglichkeit bleibt nachzuforschen, ob sie vielleicht schon in einem anderen Land ein Asylgesuch gestellt haben und dieses abgelehnt wurde. Ich bin mit Frau Magnin einig, wenn sie sagt, sie wolle nicht zwingend eine Bevorzugung der "Sans-papiers" erreichen. Ich finde es für alle SchweizerInnen und Einheimischen beschämend, wenn der Gemeinderat schreibt, für ihn seien die Motivation und die Kompetenzen wichtig. Im Satz darauf schreibt er: *"Dennoch werden sämtliche Personen bevorzugt, die aus irgendeinem Grund bei der Suche nach einer Lehrstelle benachteiligt sind."* Da ist ja klar, dass die Verwaltung nie mehr eine/n SchweizerIn oder Einheimische/n anstellen wird.

**Stöckli Schwarzen Heidi, SP:** Es gibt auch Jugendliche, welche die nötigen Kompetenzen mitbringen, aber bei der Lehrstellensuche benachteiligt sind. Dies können auch SchweizerInnen sein, beispielsweise körperlich Behinderte. Diese sind benachteiligt und es macht Sinn, dass sich die Stadtverwaltung bei gleicher Kompetenz zum Beispiel für eine behinderte Person entscheidet, welche die gleiche Leistung erbringen kann wie eine nichtbehinderte Person.

**Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture:** Je partage entièrement l'indignation de Madame Magnin. Je la remercie d'avoir exprimé ici ses sentiments. Monsieur Fischer, je trouve qu'il est extrêmement regrettable, que des jeunes "sans-papiers" puissent suivre leur scolarité, parce que les déclarations universelles des Droits de l'homme et les déclarations des Droits de l'enfant exigent qu'ils suivent l'école obligatoire, mais qu'ensuite, à l'âge de 15 ou 16 ans, ils n'aient plus d'avenir. Je trouve qu'il est scandaleux, que des jeunes "sans-papiers" soient discriminés. Ceux qui sont doués poursuivent une école à plein temps (gymnase, école de commerce, lycée technique). Ils peuvent, sans problème, acquérir une formation supérieure et ensuite, éventuellement retourner dans leur pays d'origine, dotés des outils nécessaires pour gagner leur vie. Par contre, les jeunes "sans-papiers", qui se destineraient plutôt à un métier manuel, ceux pour qui un apprentissage dual serait nécessaire, ne peuvent pas trouver une place



d'apprentissage. Pourquoi? Parce que juridiquement, un jeune désirant faire un apprentissage doit signer un contrat. Par conséquent, il ne tombe plus sous le coup des lois découlant des déclarations des Droits de l'homme mais sous le coup des lois régissant l'immigration. L'immigration est liée au statut professionnel. Ces jeunes "sans-papiers" ne sont pas non plus admis dans les 10<sup>ème</sup> années du Centre de formation professionnel. Je trouve terriblement injuste, de savoir qu'il y a des jeunes de 15 et 16 ans, à qui on interdit d'avoir une formation et de se préparer un avenir légalement. À 16 ans, ce sont des enfants et ils ne sont pas majeurs. Par conséquent, on doit prendre cette problématique en compte, d'une manière plus généreuse.

La motion de Luc Barthassat a été, dans un premier temps, traitée positivement par les commissions du Conseil national et du Conseil des États. La situation sur le plan fédéral est incertaine. Madame Magnin, vous avez demandé pourquoi le Conseil municipal n'est pas d'accord d'intervenir au niveau cantonal. L'indignation, que vous avez exprimée et dont je me suis également fait l'interprète, le Gouvernement cantonal la partage entièrement. Le Canton a eu l'occasion de s'exprimer à ce sujet dans une réponse à une intervention parlementaire, ce printemps. Il n'y a pas de divergences de vue entre le Conseil municipal à ce sujet. Le Gouvernement dit simplement, que les décisions se prennent en la matière, au niveau national. La décision est toujours renvoyée plus haut, mais l'immigration est une affaire nationale et non pas une affaire locale. Est-il utile, qu'une ville sorte du cadre légal, désobéisse pour manifester son mécontentement? Lausanne et Genève ont prouvé que cela était utile, car le débat sur le plan national était relancé. Le débat a été relancé et nous attendons avec un peu d'inquiétude les résultats de ce débat. Pour l'image de la Ville de Bienne, il vaut mieux s'en tenir à la discrétion actuelle et attendre ce qui se passera, en espérant que des réflexions liées à un sens de la justice et l'égalité de traitement illumineront les esprits des membres des commissions fédérales, pour revenir en arrière sur cette décision, que je trouve mauvaise. En tant que Conseiller municipal, je n'ai pas d'influence sur le plan national, ni sur le plan cantonal, comme l'a décidé le peuple biennois, il y a très peu de temps.

**Magnin Claire, Les Verts Bienne:** J'aimerais revenir sur la question de la 10<sup>ème</sup> année. La 10<sup>ème</sup> année est une année charnière, qui permet à des jeunes de rattraper une formation. Il y a des jeunes, sortant de la 10<sup>ème</sup> année, qui peuvent entrer à l'EDD (École Degré Diplôme) à Moutier, au gymnase, etc. Cela n'a rien à voir avec un contrat de travail. Le Canton est compétent pour décider, si oui ou non, il demande des papiers à l'entrée de la 10<sup>ème</sup> année. C'est de cela qu'il s'agit. La réponse de Monsieur Moeschler ne me convient pas. Ce n'est pas un apprentissage, il s'agit d'une filière permettant de rattraper du retard.

**Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture:** Encore une fois j'aimerais pouvoir être d'accord avec Madame Magnin. Les élèves "sans-papiers" peuvent fréquenter une 10<sup>ème</sup> année, s'il s'agit de répéter la 9<sup>ème</sup> année à l'école obligatoire, il n'y a pas de problème. Ils peuvent ensuite suivre les écoles à plein temps, en particulier l'EDD. Mais, sur le plan cantonal, les années de préparation professionnelle dépendent du Centre de formation professionnel. Le Centre de formation professionnel ne peut pas admettre ces élèves, y compris en 10<sup>ème</sup> année. Je le regrette et pense qu'il y a matière à intervenir. Dans la réponse à l'intervention dont j'ai parlé tout à l'heure, le Gouvernement a dit qu'il n'avait pas de

marge de manœuvre et qu'il attendait des décisions fédérales à ce sujet. On verra au moment où ces décisions tomberont et on essayera de trouver des solutions créatives, pour répondre à ce souci, qui ne serait que pure logique, vous avez raison.

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Hiermit beende ich diese Sitzung. Der Stadtrat trifft sich wieder am 15. Dezember. Ich wünsche allen einen schönen Abend.

**225. Neueingänge**

- |                 |   |                        |
|-----------------|---|------------------------|
| <b>20100341</b> | <b>Motion René Eschmann, Fraktion BVP plus</b><br>Planung und Erhalt eines Eventplatzes auf dem<br>Gemeindegebiet Biel/Bienne<br>Planification et maintien d'une place pour événements sur le<br>territoire communal biennois   | <b>BAU</b><br>FIN, PRA |
| <b>20100342</b> | <b>Motion Béatrice Sermet-Nicolet, Groupe socialiste</b><br>Pour la mise en œuvre concertée et responsable de la<br>Stratégie financière<br>Für die konzertierte- und verantwortliche Umsetzung der<br>Finanzstrategie  | <b>FIN</b><br>SRB, GPK |
| <b>20100343</b> | <b>Motion Olivier Ammann, PRR</b><br>Modification de l'article 36 du Règlement des votations et<br>élections communales<br>Änderung des Artikels 36 des Reglements über städtische<br>Abstimmungen und Wahlen   | <b>PRA (STK)</b>       |
| <b>20100344</b> | <b>Postulat Peter Mischler, Fraktion SP</b><br>Einführung des elektronischen bargeldlosen<br>Zahlungsverkehrs bei der Stadtverwaltung Biel inklusive den<br>öffentlichen Schaltern<br>Introduction du service de paiement électronique sans<br>numéraires au sein de l'Administration municipale biennoise y<br>compris pour les guichets publics | <b>FIN</b><br>SID      |
| <b>20100345</b> | <b>Interpellation Nathan Güntensperger, GLP</b><br>Was passiert mit dem Pontonier Fahrverein?<br>Qu'advient-il de l'Association des pontonniers?  | <b>FIN</b><br>BAU      |
| <b>20100346</b> | <b>Interpellation Nathan Güntensperger, GLP</b><br>Externe Personalkosten resp. Honorare<br>Frais de personnel, resp. honoraires externes   | <b>FIN</b>             |
| <b>20100347</b> | <b>Interpellation Nathan Güntensperger, GLP</b><br>Verhältnis Verwaltungsstellen, Dienstleistungsstellen,<br>Stellentotal nach Direktionen<br>Rapport entre services administratifs, services de prestations,<br>postes selon les directions  | <b>FIN</b><br>PRA      |

**Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 22.45 Uhr / heures**

---

**Der Stadtratspräsident / *Le président du Conseil de ville*:**

Thomas Lachat

**Die Ratssekretärin / *La secrétaire parlementaire*:**

Regula Klemmer

**Protokoll:**

Katrin Meister

Lilian Stähli

**Procès-verbal:**

Carole Aeschlimann

Claire-Lise Kirchhof